Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 880 M. frei Haus, fäll. b. Vorzeig. der Quittung; Abweichung nur statthaft bei Aufgabe d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. mon. 970, mit cent. 55 M. — Postbezug monatl. u. vierteljährl. — Einzelnummer bei 4 Seiten 15 M., 6 Seiten 18 M. u. 8 Seiten 20 M.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 12.00 M., im Reklameteil 54,00 M., für Ehrenanzeigen und Nachweisungen 10 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlichen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 296. Montag den 18. Dezember 1922 49. Jahrg.

Der amerikanische Anleiheplan bestätigt.

Keine Weltkonferenz. — Hoffnung — aber kein übertriebener Optimismus!

Das Schwanken des Dollars zeigt, daß die Nachrichten von dem etwaigen Eingreifen Amerikas allgemein gestern großen Eindruck machen. Nach einer heutigen Wolffmelbung ist er am Sonntag mit 5300 gehandelt worden. Und zwar an der Neuyorker Börse, was besonders wichtig, festzustellen. Der aufsehende Optimismus wird also drüben geteilt. Selbstverständlich ist er noch sehr bescheiden. Denn noch ist ja nur ganz Allgemeines bekannt. In dem Nebel von Nachrichten bleibt uns nur das greifbar, daß was geschehen soll. In welcher Frist aber die geplante und erhoffte anderthalb Milliarden-Anleihe (man bedenke, daß diese Summe bei einem Dollarstand von 5000 ℳ pro Dollar 7 500 000 000 000 Papiermark ausmacht) aufgelegt wird, ja ob es überhaupt dazu kommen kann und wenn, unter welchen Bedingungen, das liegt noch im Schoße des kommenden Jahres. Vor allem aber wird eben die Garantiefrage uns selbst noch auf die schwerste innerpolitische Probe stellen.

Aus den Neuyorker Meldungen, die heute eingingen, ist besonders hervorzuheben eine vom „Neuyork Herald" herbreitete aus Paris, wonach

das Staatsdepartement gestern die Absicht einer internationalen Bankierkonferenz entschieden in Abrede gestellt hat.

Es soll also nicht zur Weltkonferenz kommen? Verspricht man sich wenig davon und fühlt man sich in Washington unter Morgans Beistand dollarkräftig genug, um allein zu handeln? Es ist das nicht ausgeschlossen. Und was die Großbankiers von der Reparationsfrage halten, ist ja schon auf der Pariser Konferenz, die Poincaré sprengte, deutlich formuliert worden.

Aus derselben Quelle, wie das oben bezeichnete Dementi, stammt auch die folgende

Formulierung des amerikanischen Standpunktes.

1. Unter gewissen Bedingungen würde Amerika aktiv an der Lösung der europäischen Fragen teilnehmen.

2. Unter der Voraussetzung einer Zustimmung Frankreichs sei Amerika bereit, die Bedingungen für die Lösung der Reparationsfrage bekanntzugeben.

3. Amerika ist der Anschauung, daß Deutschland in gewissen Grenzen bezahlen solle.

4. Amerika ist der Anschauung, daß alle Besatzungsmaßnahmen sowie wirtschaftliche Erdrosselungsmaßnahmen gegenüber Deutschland die Wohlfahrt der Welt hindern.

5. Amerika ist bereit, einen großen Kredit für Deutschlands Gebrauch zu bewilligen.

6. Die Sicherheit für diesen Kredit soll durch einen Verzicht der Alliierten auf die erste Hypothek, die sie aus dem Versailler Vertrag herleiten, gegeben werden.

Umschreiben diese sechs Punkte tatsächlich die Stellung des mit den Bankiers einigen Staatsdepartements, dann ist das Dementi des Stattfindens einer Weltkonferenz nicht tragisch zu nehmen. Wichtig ist u. a. auch Punkt 4: Alle Besatzungsmaßnahmen hindern die Gesundung. Auch die bestehenden. Es ist das ein deutliches Wort gegen die militärische Überheblichkeit und Verschwendung Frankreichs. Gerade hier aber werden sich die schlimmsten Schwierigkeiten auftun.

Die Reichsregierung hat sich natürlich noch nicht offiziell mit diesen Fragen befassen können, da ja bisher nur Pressenachrichten vorliegen. Man hält es jedoch in Berliner unterrichteten Kreisen für möglich, daß in absehbarer Zeit eine entsprechende Benachrichtigung Deutschlands durch Amerika erfolgen wird.

Alles in allem läßt sich hier heute erkennen, daß

der Anleiheplan bestätigt, der Weltkonferenzplan dementiert wird.

*

Angesichts der vielen widersprechenden Meldungen, welche die großen Blätter aus den Zentren des politischen Geschehens mitteilen, wird folgender

Überblick der politischen Lage

willkommen sein.

In London waren bekanntlich die drei amerikanischen Botschafter von Berlin, London und Brüssel zusammengetroffen; zwischen ihnen und dem in Berlin und London vor der Londoner Konferenz privat sondierenden Mac Cormick wurden ohne Zweifel die Grundzüge einer allgemeinen europäischen Regelung beraten, einer Regelung, die von den interalliierten Schulden bis zur Reparationsfrage führt. Die Übereinstimmung der amerikanischen Diplomaten der europäischen Hauptstädte soll ganz vollständig sein, und die Besprechungen zwischen Morgan und dem Staatssekretär Hughes, die vor wenigen Tagen begannen, führten nun zu dem Plan einer amerikanischen Anleihe für Deutschland und einer Weltfinanzkonferenz in Washington. Der amerikanische Botschafter in London, Harvey, der plötzlich nach Washington berufen worden war, scheint zu dieser Konferenz geraten zu haben, und man will offenbar durch die Beratung im größten Maßstabe und außerhalb Europas absichtlich kennzeichnen, daß die finanzielle Regelung nicht in Europa und vor allem nicht von Frankreich aus gemacht werden kann.

Inzwischen hat sich Poincaré von der französischen Kammer eine **Atempause von mehreren Wochen** erbeten, und unter Vermeidung jedes Vertrauensvotums nahm die Kammer die einfache Tagesordnung an, bewilligte also die Frist, ohne ein Urteil über Poincarés Politik abzugeben. Der Beifall nach Poincarés Rede klang sehr schwach, und die Debatte brachte scharfe Stimmen von Gegnern aus allen Lagern. Die Rede Poincarés war, verglichen mit seinen sonstigen Kundgebungen, geradezu schwächlich und lavierend; er wollte nichts sagen, um keine Karten aufzudecken, und in mehr als einer Hinsicht konnte er wohl auch nichts sagen. Denn für ihn gilt es, eine ganz neue politische Einstellung bis herunter in den Vorstall von Kundgebungen und Noten zu finden, und offenbar will ihm die Kammer Zeit lassen, sich der neuen Lage anzupassen oder zu beweisen, ob er in dieser Lage die Geschäfte Frankreichs überhaupt fortführen kann. Daß nach dem Ausgang der Londoner Konferenz und nach der für Frankreich finanziell hoffnungsvollen, politisch aber geradezu atembeklemmenden neuen Aktivität Amerikas die Verbündeten Poincarés anzutreiben kann, sowohl in Frankreich Luft haben wird, ist begreiflich; ebenso, daß gerade die Gegner Poincarés die Absicht haben, ihn zu zwingen, die **Liquidation seiner eigenen Politik** unter eigener Verantwortung durchzuführen.

Denn um eine Liquidation handelt es sich. Die verschiedenen Andeutungen über Pfänder und unmilitärische Kontrollorgane im Rheinland nehmen wir ernst genug, um eine weitere Vermehrung der auf Kosten des deutschen Reiches schmarotzenden interalliierten Behörden zu befürchten; aber diese Pfänder- und Kontrollandeutungen reichen bei weitem nicht aus, um die französische öffentliche Meinung über eine Entäuschung hinwegzubringen, die heissam nur dann behoben werden wird, wenn Poincaré oder sein Nachfolger finanzielle Zugeständnisse Amerikas als Ersatz für den politischen Prestigeverlust nach Hause bringen. Noch ist die Washingtoner Finanzkonferenz nicht beendet; noch ist es möglich, daß, wie auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz im vorigen Spätherbst, so auch jetzt, ein neuer Briand Frankreichs Widerstand verörpert; aber der Verzicht auf die Ruhrbesetzung und die Verlegung der Reparationsentscheidung nach Amerika können als weltpolitisches Symptom dafür gelten, daß die Epidee Poincarés der Widerstand der führenden Landmacht Europas gegen die angelsächsische Weltordnung und Weltkriegsliquidation, im wesentlichen beendet ist.

Die Ursache ist in erster Linie in Frankreichs finanzieller Lage zu suchen, und für den Frieden Europas ist es geradezu ein Glück, daß Frankreich finanziell abhängig ist. Das Gleiten der französischen Währung, vergeblich durch nationale Appelle Poincarés angerufen, mahnte die Pariser Politiker an eine Tatsache, die unsere heutige Zeit so wesentlich von früheren Zeiten unterscheidet, daß eben auch die politischen und militärischen Methoden von früher nicht mehr den Ausschlag geben; diese Tatsache ist die finanzielle und wirtschaftliche Verbundenheit der zivilisierten Welt, mindestens des Abendlandes dies und jenseits vom Atlantischen Ozean. Nicht der Versailler Vertrag, sondern die britische Reiskonferenz als Vorbedingung der Washingtoner Konferenz hat mit der Liquidation des Weltkrieges begonnen; das geistig immer mehr isolierte Frankreich stellte den letzten Winkel außenpolitischer „Reaktion", die letzte Stellung einer überholten Politik dar, die auch heute noch nicht genommen, aber schon durch die Ankündigung der zweiten Washingtoner Konferenz erheblich erschüttert ist.

Die deutschen Reparationsvorschläge in Vorbereitung.

Berlin, 18. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Nachdem Staatssekretär Bergmann am Sonnabend seine Berichterstattung beendet hat und nachdem das Reichskabinett am Sonnabend nachmittag sich noch einmal mit dem Reparationsproblem eingehend beschäftigt hat, beginnen heute die Verhandlungen mit den Sachverständigen der Industrie und den Sachverständigen anderer Kreise. Schon daraus geht hervor, daß sich im Augenblick noch nichts über die Erweiterung des deutschen Reparationsplanes sagen läßt, da ja diese Verhandlungen, zu denen im übrigen auch hervorragende Industrielle aus dem Rheinland nach Berlin kommen, erst dazu dienen sollen, den neuen deutschen Plan festzulegen. Eine sehr wichtige Rolle wird dabei vor allem der Frage der Garantien spielen. Man darf nämlich nicht vergessen, daß es der Entente vor allem darauf ankommt, bestimmte Garantien zu erhalten. Es ist nicht anzunehmen, daß in den nächsten Tagen schon positive Angaben über den deutschen Plan gemacht werden können, da zunächst die Verhandlungen noch im vorbereitenden Stadium sind und zudem die Regierung auch den Plan bis zur Pariser Konferenz geheimhalten will.

Die Banken als Träger der amerikanischen Anleihe.

Paris, 18. Dez. (WTB.) Die „Petit Parisien" veröffentlicht eine lange Meldung aus Washington, in der gesagt wird, es stünden gegenwärtig die folgenden Möglichkeiten zur Erörterung: 1. Einberufung einer Wirtschaftskonferenz, 2. Anleihe zwecks Marktstabilisierung und 3. Schiedsspruch für die endgültige Festsetzung der Reparationsverpflichtungen durch einen nichtgouvernementalen Ausschuß. Als mögliche Mitglieder dieses Ausschusses werden die beiden Amerikaner Elihu Root und Pierpont Morgan genannt. Was die Deutschland zu gewährende Anleihe betrifft, so erklärt man, daß eine Initiative seitens der Regierung nicht diskutiert werden könne. Eine Anleihe könne nur durch ein amerikanisches Bankenkonsortium aufgelegt werden, das die Zustimmung der Regierung erhalte, aber die bereits bekannten Garantien verlange.

Amerika dämpft ab.

London, 17. Dez. (Reuter.) Im Staatsdepartement in Washington wurde von zuständiger Seite erklärt, daß die Frage der Anleihe für Deutschland dem Departement nicht in irgend einer offiziellen und formellen Weise vorgelegt worden sei. Botschafter Wiedfeldt reiste bald nach einem Besuch im Staatsdepartement nach Neuyork ab. Dem Washingtoner Berichterstatter der „Neuyork World" zufolge glaube man an maßgebender Stelle, eine Anleihe von 1½ Milliarden Dollar könnte von den Vereinigten Staaten allein aufgebracht werden, vorausgesetzt, daß sie vor allem anderen deutschen Staatsschulden den Vorrang erhalte. Einen Teil dieser Summe könnte man nach Frankreich gehen lassen, der Hauptteil müsse jedoch Deutschland zum Zwecke seiner Sanierung zukommen.

London, 18. Dez. (WTB.) Zur Frage des Eingreifens Amerikas in die europäischen Angelegenheiten erklärte laut „Times" der amerikanische Regierungsvertreter in der Pressekonferenz in Washington die Gerüchte über eine bevorstehende Aktion Amerikas für unsinnig und warnte vor deren Verbreitung durch die Zeitung wegen der Folgen in Europa.

Preisrückgang in Berlin.

Berlin, 18. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Im Anschluß an den Dollarrückgang senkten sich im Engroshandel in der Zentralmarkthalle heute bei allgemeiner Nervosität des Marktes die Lebensmittelpreise um etwa 10 bis 25 Prozent.

Belagerungszustand in Warschau.

Warschau, 18. Dez. Der Ministerrat hat die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Stadt Warschau von heute ab beschlossen.

Dollar 11 Uhr vorm.: 5600—5700.

Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Narutowicz.

Warschau, 18. Dez. (WTB.) Der neue Staatspräsident Narutowicz wurde beim Besuch einer Kunstausstellung durch einen Kunstmaler Niewiadomski ermordet. Dieser ist festgenommen.

Vor seiner Ermordung hatte Narutowicz angesichts der Unmöglichkeit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts den bisherigen Arbeitsminister Darowski mit der Bildung eines Fachkabinetts beauftragt. Als voraussichtlicher Minister des Äußern wird Olszowski genannt.

*

Auch der polnische Nationalismus extremer Ausbildung nimmt jetzt seine Zuflucht zum politischen Mord: der bekanntlich als Gesinnungsgenosse Pilsudskis gegen den heftigsten und bis zu Straßenkämpfen gesteigerten Widerstand der Rechten zum Staatspräsidenten gewählte frühere Außenminister Narutowicz ist beim Besuch einer Kunstausstellung ermordet worden. Die Wahl Narutowicz' zum Staatspräsidenten war mit den Stimmen der Linken und denen des Blocks der nationalen Minderheiten erfolgt, was Narutowicz der chauvinistischen und antisemitischen Rechtsopposition auslieferte. Die Verhältnisse in Polen werden durch die Mordtat nicht klarer; denn die Rechte könnte für sich allein nur dann zur Regierung kommen, wenn sie einen Staatsstreich verübte. Da die von Witos geführte Bauernpartei, das Zünglein an der Wage, zwar bei den Wahlen der Kammer- und Senatssitzenden mit der Rechten, bei der Präsidentenwahl aber, was politisch entscheidend ist, mit der Linken gegangen war. Es ist durchaus möglich, daß das polnische Staatswesen, von Pilsudski müßsam im inneren Gleichgewicht erhalten, nunmehr nach seinem Rücktritt wider die Traditionen der polnischen Zerrüttung von 1600 und 1700 aufkommt, einer Zerrüttung, die schon einmal zur Teilung des polnischen Reiches führte. Die Pilsudski der einzige Politiker wäre, um einige Ordnung herzustellen, die Opposition der Rechten aber sich indirekt gerade gegen ihn und seine Richtung wendet, so ist jeder Pessimismus ausgeborgt.

*

In Polen nach dem Mord.

Warschau, 18. Dez. (WTB.) Feldmarschall Pilsudski wurde zum Generalstabschef ernannt. Der Mörder des Staatspräsidenten erklärte, er habe aus eigener Initiative gehandelt und keine Helfershelfer gehabt. Heute wird die Untersuchung abgeschlossen. Der Mörder kommt dann unverzüglich vor ein Standgericht.

Berlin, 17. Dez. Der Reichsminister des Äußern v. Rosenberg hat dem hiesigen polnischen Gesandten sein Beileid anläßlich der Ermordung Narutowicz' ausgesprochen. Der deutsche Gesandte in Warschau wurde beauftragt, der polnischen Regierung das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Mordbuben!

In Polen fiel der Staatspräsident, in Bulgarien wurde ein Anschlag auf einen Minister verübt, bei uns brachte das Jahr vier schwere Attentate: Der Mord als politisches Kampfmittel wird von den Chauvinisten aller Länder immer skrupelloser gebraucht.

Und in Berlin fanden sich Geschworene, die angesichts solch furchtbarer Verwilderung im Sorden-Attentatsprozeß ein unbegreifliches milbes Urteil fällten, ja den gedungenen Buben, die mit unsagbarer Roheit handelten, milbernde Umstände zubilligten. Jeder Beobachter unseres politischen Lebens weiß, daß durch solche offenbare Ungerechtigkeiten die verhängnisvollen Gegensätze im Volke unheilvoll verschärft werden.

Der Prozeß zeigte wieder die Kreise der „nationalen Taten", der „braven deutschen Männer" usw. in ihrer ganzen Verwahrlosung. Auch hier wieder nichts als eine „traurige Nachlese". Der Hauptschuldige, der Rehling Autermann, ist flüchtig. Die Geldgeber, Münchener Kreise, bleiben auch diesmal ebenso unsichtbar, wie es deutlich erwiesen ist, daß „politische" Kreise das Verbrechen finanziert haben.

Die armseligen Gestalten, die vor dem Richtertische standen, „brave deutsche Männer", deren Ideal der ausgiebige Besuch von Likörstuben und das Prellen einer Barbame gewesen ist) bieten keinerlei psychologische Probleme. Sie haben für Geld gearbeitet. Alle Verhandlungen zwischen Grenz und den für den Mord gedungen Verbrechern drehten sich um elendes Geld. Bezeichnend ist das Telegramm, das den Mordversuch dem Sekretär des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes meldete: „Geschäft abgeschlossen." So zeigte der Prozeß das wenige, aber charakteristische, daß die „nationale Tat" für die Firma Autermann und Genossen ein Geschäft gewesen ist. Für die Geldgeber allerdings etwas anders!

Es ist eine staatspolitische Notwendigkeit, daß durch ein neues Verfahren versucht wird, mehr Aufklärung zu schaffen. Der Oberstaatsanwalt hat es angekündigt.

Die Friedenskonferenz.

Die Türken beeinigen sich nicht allein mit der „Säuberung" ihres Gebietes von christlicher Bevölkerung, sie wollen auch deren beste moralische Stütze in Konstantinopel: das Patriarchat vernichten. Welch gewaltige Tradition wird damit ausgelöscht. Eine Sonntagsmeldung aus Lausanne besagt darüber:

Die Türken in Lausanne bestehen unbedingt darauf, daß das ökumenische Patriarchat in Konstantinopel ausgewiesen werde. Sie erklären, daß dieses bisher mehr ein politisches als religiöses Organismus war; da nunmehr die Situation vollkommen geändert sei, können dem Patriarchat die politischen Vorrechte nicht mehr zugestanden werden.

*

In der Hauptstreitfrage, das Gebiet von Mossul betreffend, ist nunmehr der türkischen Delegation eine englische Denkschrift überreicht worden. Die Denkschrift führt zahlreiche **technische Gründe für ein Verbleiben Mossuls bei England an,** vor allem strategischer Art.

Zwischen Ismed Pascha und Lord Curzon fand gestern eine längere Besprechung über die Mossul-Frage statt. Es heißt, daß unter den verschiedenen Lösungen auch der Plan einer **Volksabstimmung** erwogen wird.

Die Alliierten überreichten gestern den Türken den ersten Entwurf betreffend den **Minderheitsschutz.** Die Konferenz wird ihre Arbeiten voraussichtlich nur für die Weihnachtstage unterbrechen und sofort nach den Festtagen wieder zusammentreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221218-15/fragment/page=0001

Poincarés Irrtümer.

In seiner letzten Kammerrede hat Poincaré wieder so verschwommene Angaben über die Pfänder, die Haftung Deutschlands für die Reparationsschuld und dergl. gemacht, daß eine amtliche deutsche Gegenerklärung erfolgte, der wir folgende Hauptstellen entnehmen:

Es ist ein Irrtum, wenn Poincaré annimmt, daß für die Reparationsforderungen das deutsche Nationalvermögen haite. Richtig ist nur, daß der Artikel 248 des Versailler Vertrages, die einzige Bestimmung die hier in Frage kommt, und zwar sowohl in seinem englischen wie französischer Wortlaut, Deutschland verpflichtet, das Vermögen des Reiches und der Länder, also das Staats- und nicht das Privatvermögen, zur Abdeckung der Reparationsverpflichtungen zu verwenden. Der Artikel 248 gibt aber auch, soweit das Staatsvermögen in Betracht kommt, den Alliierten nicht das Recht zu einer Beschlagnahme, also zu einem unmittelbaren Zugriff, sei es in der Form der Errichtung einer Zollschranke, sei es in der Form irgend einer Kontrolle der Produktion gewisser Gebiete.

Wenn ferner der französische Ministerpräsident es als einen Satz des Zivil- und Völkerrechts hinstellt, daß das Vermögen des Schuldners ein Pfand für den Gläubiger sei, so ist ein ebenso gültiger Satz der Grundsatz der Sicherstellung der eigenen Lebensnotwendigkeit. Dies hat der Vertrag von Versailles überdies ausdrücklich anerkannt, indem er den notwendigen Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes den Vorrang vor der finanziellen Leistungsverpflichtung gegenüber der Entente gibt.

Wie weit sich die unmittelbare Verfolgung von Reparationsansprüchen durch die französische Regierung mit den Machtbefugnissen der Reparationskommission in Einklang bringen läßt, ist bei früheren Entschlüssen bereits hinreichend erörtert worden. Behauerlich wäre es, wenn die einsetzende Entwicklung verständnisvoller Zusammenarbeit beider Teile durch das gewaltsame Eingreifen eines Reparationsgläubigers eine Unterbrechung erleiden würde.

Was die Behauptung betrifft, daß Frankreich bis Ende dieses Jahres bereits 100 Milliarden Frcs. zu Lasten Deutschlands vorgeschossen habe, so sei auf die Ausführungen des Herrn Locheur in der französischen Kammer vom 7. November d. J. hingewiesen, in welchen er es als einen Irrtum bezeichnet, daß bereits 90 Milliarden Franks für die verwüsteten Gebiete ausgegeben worden wären. Der bis zum 30. Juni d. J. verausgabte Betrag bezifferte sich vielmehr auf 45 Milliarden Franks, wozu zu bemerken wäre, daß diese Milliarden in der Hauptsache für Pensionen verwendet und damit dem eigentlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entzogen worden sind.

Der französische Ministerpräsident scheint auch von skandalösen Profiten der deutschen Großindustrie gesprochen zu haben. Man braucht diese Profite nur auf die Goldbasis zurückzuführen und sie in Relation zum investierten Goldkapital zu setzen, um zu erkennen, wie minimal in Wirklichkeit die Erträge sind.

Bayern und Sachsen.

In Bayern vollzieht sich gegenwärtig eine außerordentlich begewonnen. An sich wäre gegen die Einrichtung eines Staatspräsidenten zuzulegen, hat dort an den maßgebenden Stellen die Oberhand gewonnen. An sich wäre gegen die Einrichtung eines Staatspräsidenten nicht das geringste einzuwenden, wenn man aber auf die Motive blickt, so bekommt die Sache ein recht bedenkliches Ansehen. Denn es handelt sich dabei um nichts mehr und nichts weniger, als um das Bestreben, auf dem Wege eines vom Volk zu wählenden Staatspräsidenten die Bahn für den Kronprinzen Rupprecht zur Spitze des bayerischen Staates freizumachen. Wie furcht die Strecke vom Staatspräsidenten zum Monarchen in solchen Fällen sein kann, zeigt die napoleonische Geschichte. Wenn freilich auch jetzt im bayerischen Landtag die nötige Zweidrittelmajorität nicht aufzutreiben sein wird, so scheinen die rechtsstehenden Parteien die Sache doch so aufziehen zu wollen, daß sie bei den nächsten Wahlen agitatorisch stark ausgenutzt werden kann. Die Entwicklung läßt ganz offen starke monarchistische Tendenz erkennen. Gerade gegenteilig zeigt sich die Entwicklung in Sachsen. Dort hat die neue Regierung in ihrer programmatischen Kundgebung sich ganz einseitig sozialistisch eingestellt. Daß dabei schwerste Konflikte mit den wahrhaft demokratisch gerichteten Strömungen des Landes nicht ausbleiben können, liegt auf der Hand. Das Land wird so lange zu keinem wirklich befriedigenden Zustand seiner innerpolitischen Entwicklung kommen, als nicht auch dort die Sozialdemokratie die organische Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Kräften als auch eine für sie notwendige Konsequenz ihrer Politik betrachtet. Anderwärts hat sich die Sozialdemokratie zu dieser Erkenntnis durchgerungen, und die Stimmen bedeutender Sozialdemokraten, die bei der großen Koalition das Wort reden, haben sich in der letzten Zeit gemehrt. Für Sachsen scheint es so, als ob diese Erkenntnis nur unter schweren neuen Zutritten der Kommunisten geboren werden könnte.

Außenpolitische Übersicht.

Demonstration der Sowjetregierung.

Wladiwostok, 18. Dez. (Priv.-Telegr.) Hier wurde eine Verordnung der Sowjetregierung veröffentlicht, wonach das englische, italienische, amerikanische und deutsche Konsulat weiter geöffnet bleiben dürfen. Dagegen müssen alle anderen, darunter das niederländische, geschlossen werden.

Im amerikanischen Senat.

Paris, 15. Dez. (WTB.) Nach einer Washingtoner Havasmeldung sagte der Abgeordnete Burton in seiner gestrigen Rede über die Interalliierten Schulden, nach seiner Ansicht könnte es Deutschland keineswegs erlassen werden, den höchsten seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Reparationsbetrag zu zahlen, aber es sei auch nicht wünschenswert, das deutsche Volk zur Knechtschaft zu erniedrigen oder ihm und seinen künftigen Generationen derart drückende Lasten aufzuerlegen, daß es sich ihrer nicht erledigen könne.

Deutschland.

Der neue Brotpreis.

Wesentliche Erhöhung Mitte Januar 1923.

Das Wolffsche Büro teilt mit: In der Presse ist die Nachricht verbreitet worden, daß der Preis für das Umlagegetreide auf 170 000 bis 180 000 M erhöht werden würde, und daß demgemäß das 4-Pfund-Markenbrot ab 1. Januar ungefähr 600 M kosten dürfte. Wie wir dazu von unterrichteter Seite hören, treffen diese Angaben nicht zu. Es ist, wie bereits angekündigt, eine beträchtliche Erhöhung der Preise für das dritte Sechstel der Getreideumlage notwendig. Über das Ausmaß der Erhöhung ist jedoch eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Übrigens würde selbst dann, wenn man von den angegebenen Getreidepreisen ausgehen will, dieser Preis keineswegs auf die Brotpreise in dem Maße einwirken, daß sich daraus eine Erhöhung auf 600 M errechnet. Endlich ist zu bemerken, daß der 1. Januar als Termin nicht in Betracht kommt sondern frühestens Mitte Januar.

Endlich!

Paris, 18. Dez. (WTB.) Sämtliche in Toulon noch zurückgebliebenen deutschen Kriegsgefangenen sind begnadigt worden. Sie werden noch vor Weihnachten nach Deutschland zurückbefördert werden.

Eine Absuhr der Separatisten.

Entscheidung des Reichsministers des Innern.

Der Antrag der Deutschhannoverschen Partei auf Zulassung einer Vorabstimmung in den preußischen Westernwegbezirken Stade und Lüneburg, ob diese Regierungsbezirke aus Preußen ausscheiden, um im Zusammenschluß mit benachbarten wirtschaftlich und kulturell zusammenhängenden Gebieten ein Land zu bilden, wurde vom Reichsminister des Innern zurückgewiesen. Die Abweisung mußte auf Grund der gesetzlichen Vorschriften erfolgen, weil in der zur Abstimmung zu stellenden Frage die Grenzen des neu zu bildenden Landes nicht bezeichnet und überdies 5000 eigenhändig abgeneebend Unterschriften nicht beigebracht waren. (Ob die verbohrten Partikularisten in Hannover nun Ruhe geben?)

Bergmann berichtet über die Londoner Konferenz.

Berlin, 18. Dez. (WTB.) In der Reichskanzlei fand gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Fraktionsführern der SPD., des Zentrums, der deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Volkspartei statt, in der der Reichskanzler zur gegenwärtigen Lage Stellung nahm und Staatssekretär Bergmann über seinen Aufenthalt in London berichtete.

Das preußische Defizit.

Berlin, 18. Dez. (WTB.) Dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge weist der Entwurf des Haushaltsplanes des preußischen Staates für 1923 ein Defizit von 11 986 Millionen Mark auf.

Der Streik in den Badischen Anilinwerken beendet.

Frankfurt, 18. Dez. (Priv.-Telegr.) Zwischen der Betriebsleitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen und den Vertretern der Gewerkschaften wurde eine Verständigung erzielt. Danach erhalten die Fabrikarbeiter einen Stundenlohn von 400 M, die Handwerker 425 M, die Arbeiterinnen 280 M. Dazu kommen die bestehenden sozialen Zulagen. Jeder verheiratete Wiedereinstretende erhält sofort nach Aufnahme der Arbeit eine Nachzahlung von 2500 M für den November und eine Kinderzulage von 250 M je Kind. Die Urheber des Streiks haben nach der getroffenen Vereinbarung keinen Anspruch auf Wiedereinstellung.

Die Entschädigung für liquidiertes Eigentum im Auslande

wurde vom Entschädigungsausschuß des Reichstages am 13. Dezember wie folgt festgesetzt: Grundentschädigung das 6fache des Friedenswertes der eingebüßten Gegenstände. Als Zuschläge treten hinzu: Im Falle der Entwurzelung das 12fache, im Falle der Entwurzelung in Verbindung mit Wiederaufbau im Inland das 20fache, im Falle des Wiederaufbaues im Auslande das 24fache, im Falle der Entwurzelung in Verbindung mit dem Wiederaufbau des Auslandes das 26fache.

Ein Sieg des Deutschtums in Flensburg.

Flensburg, 18. Dez. (WTB.) Eine nationalpolitisch bedeutsame Wahl wurde gestern in dem nördlichen Grenzland vorgenommen. Die Wiederwahl des ersten Bürgermeisters Flensburgs Todsen nach Ablauf seiner Amtszeit wurde in Frage gestellt, da die Sozialdemokraten einen Gegenkandidaten in der Person des Dr. Wagner-Nömmich aus Hamburg aufgestellt hatten. Diesen Kandidaten machten die Dänen zu dem ihren und agitierten eifrigst für ihn. Das Ergebnis des sehr heftigen Wahlkampfes war ein glänzender Sieg der deutschen Sache. Dr. Todsen wurde mit 13 791 gegen 8842 Stimmen auf zwölf Jahre wiedergewählt. Die treudige Stimmung in Flensburg erinnert an die Zeit der großen Volksabstimmung im März 1920.

Provinz und Nachbarländer.

Der Tod auf der Straße. — Selbstmordversuch.

Halle. Freitag nachmittag wurde Ecke König- und Merseburger Straße ein 7jähriger Schulknabe von einem Personenkraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er gleich starb. Soweit ermittelt, soll der Kraftwagenführer seine Schuld beizumessen sein, da der Knabe, der vermutlich den Fahrdamm überschreiten wollte, direkt in das Fahrzeug hineingelaufen ist. Die Leiche wurde nach dem Südviehhof überführt. — Am Freitag versuchte in der Schillerstraße sich ein Student in seiner Wohnung durch Morphiuminspritzung in selbstmörderischer Absicht zu vergiften. Er wurde in bewußlosem Zustande der Klinik zugeführt. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Junkers-Wasserverkehrsflugzeug.

Dessau. Unlängst hatte man an der Elbe bei Rodleben in der Nähe der Tetralinwerke Gelegenheit, ein Junkers-Wasserverkehrsflugzeug „bei der Arbeit" zu sehen. Das Flugzeug wurde von dem bekannten Flugzeugführer Zimmermann geteuert. Es war interessant, zu beobachten, mit welcher Leichtigkeit und mit welch verhältnismäßig kurzem Start das Flugzeug sich vom Wasser aus in die Luft zu erheben vermochte und ebenso sicher auf dem an dieser Stelle nicht sehr breiten Strom wieder zu landen imstande war, selbst unter schwierigeren Verhältnissen; denn kurz vor der Landung hatte ein großer Schleppzug die Elbe passiert, und das Wasser befand sich daher in sehr starker Bewegung. Diese erfinnlichen, auf unserem heimatlichen Strom gebotenen Flugversuche eines Junkers-Wasserverkehrsflugzeuges waren Vorbereitungen für einen größeren Auftrag, der dem Flugzeugführer Zimmermann seitens der Junkers-Flugzeugwerke A.-G. erteilt worden ist und der in der nächsten Zeit zur Durchführung gebracht werden wird.

Streik bei den Erfurter Städtischen Werken.

Erfurt. Im Gaswerk und Elektrizitätswerk, sowie seit Sonnabend auch im Städtischen Wasserwerk, sind die Arbeiter in einen wilden Streik eingetreten. Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Gasversorgung wird aufs äußerste eingeschränkt, die Stromversorgung wird ganz aufhören. Der Grund des Streiks ist, daß die Entlassung eines probeweise neu eingestellten Arbeiters noch vor Beendigung seiner Probezeit, die am Dienstag abgelaufen wäre, gefordert wurde. Es erscheint geradezu ungeheuerlich, daß aus einem derartig nichtigen Grunde das Wohl eines Gemeinwesens von über 100 000 Seelen freventlich aufs Spiel gesetzt wird.

Millionenspende!

Eilenburg. Ein nach Amerika ausgewanderter Eilenburger, Otto Zobler aus Chicago stiftete für das Kinderheim des Kreises Delitzsch und der Stadt Eilenburg, sowie zur Linderung der Not im Winter in Eilenburg den ansehnlichen Betrag von 7½ Millionen Mark. Das ist eine Spende, die auch für einen Amerikaner ein recht ansehnliches Stimmchen darstellt.

Von Drillingen entbunden.

Magdeburg. In der Frauenklinik des Sudenburger Krankenhauses wurde eine junge Mutter von Drillingen entbunden. Alle drei Kinder sind Knaben, die sich ebenso wie die Mutter, recht wohl und munter fühlen.

Gründung einer Eisenbahnbergwerks-A.-G.

Northausen. Zur Inbetriebnahme des Harzer Steinkohlenbergwerkes, hat sich in Zilfeld eine neue Aktien-Gesellschaft mit einem Grundkapital von vorläufig 10 Millionen Mark gegründet. Dem Vorstand gehören an als technischer Leiter Bergwerksdirekter Zilm-Berlin und als kaufmännischer Leiter Direktor Gleßnun-Charlottenburg.

Eine Neugründung in der mitteldeutschen chemischen Industrie.

Unter Beteiligung großer industrieller Unternehmungen ist die Sauerstoffwerk Werschen A.-G. in Oberwerschen (Kr. Weißenfels) mit einem Kapital von 9 Millionen Mark gegründet worden. Die Gründer der Gesellschaft sind: die A.-G. Schiffdumwerke in Hamburg, Kommanditgesellschaft Herrlich & Pakelt in Zeitz, die Gesellschaft m. b. H. Messer & Co. in Frankfurt a. M. und die Gesellschaft m. b. H. Zuckerfabrik Zeitz in Zeitz.

Kleine Rundschau.

Auf dem Wege zum Bahnhof in **Norgheim** wurde der Schüler Schlie von einem herabfallenden Dachziegel so schwer verletzt, daß er noch am gleichen Tage starb. — In **Hadmersleben** erstickte ein 1½jähriges Kind während der Abwesenheit der Eltern durch Rauchentwicklung infolge von Selbstentzündung von Holz, das hinter dem Ofen gelegen hatte. — Aus Mangel an Betriebskapital mußte das Hallenschwimmbad in **Jena** geschlossen werden. Eine Sammlung für die Wiedereröffnung ist bereits eingeleitet. — Der Fleischerinnung in **Quedlinburg** wurde von der Stadt ein Millionendarlehen bewilligt zum Einkauf von Lebendvieh, um durch Ausschaltung der Zwischenhandelsgewinne die Preise niedriger zu gestalten. — Mit Leuchtgas vergiftet hat sich in **Dessau** die Wirtschafterin Frieda R., die im Verdacht stand, ihrem Dienstherrn 100 000 M gestohlen zu haben. — Auf der Saline in **Schönebeck** fiel der Sieder Hege in die Siedepfanne und zog sich schwere Brandwunden zu, da nicht sogleich Hilfe zur Stelle war. — In den letzten Tagen haben Schiffer bei **Weißenfels** größere Mengen Krebse gefangen. Das ist um so verwunderlicher, als schon geraume Zeit diese Tiere nicht mehr gefangen waren und nun plötzlich in größerer Zahl auftreten.

Merseburg und Umgegend.

18. Dezember.

Die Weihnachtsstolle.

Jetzt sieht man sie wieder in den Straßen der Stadt, die so verlocken duftenden Weihnachtsküchen und den Christstollen, wie sie eilfertig über die Straße ins Haus getragen werden. Weihnachten ist nahe. Und wenn auch auf teure Geschenke verzichtet wird, wenn selbst anstelle des lichtstrahlenden Tannenbaums ein paar Zweige die Stube schmücken: Eine Stolle muß doch da sein, dann ist erst richtige deutsche Weihnacht!

Freilich billig wird der Christstollen in diesem — hoffentlich letzten teuersten Winter nicht! Ein Halleisches Blatt hat kürzlich eine Stollenrechnung von 1914 aufgemacht, da sind verbacht worden:

50 Pfund Kaiserauszug	zu 0,35 M	= 19,50 M
18 Pfund Butter	zu 1,20 M	= 21,60 M
14 Pfund Suit.-Rosinen	zu 0,60 M	= 8,40 M
6 Pfund Korinthen	zu 0,40 M	= 2,40 M
5 Pfund Süße Mandeln	zu 1,20 M	= 7,20 M
2 Pfund Bittere Mandeln	zu 1,30 M	= 2,60 M
10 Pfund Zucker	zu 0,24 M	= 2,40 M
		57,10 M

Wen soll man heiraten?

Von Fips.

Eine wissenschaftliche Zeitschrift hat die obige Preisfrage gestellt. Ich habe die folgende, um den ersten Preis konkurrierende Antwort eingeschickt.

Selbstverständlich kann ich die Frage nur als Mann beantworten, und zwar mit der einzig richtigen Antwort: man soll niemand heiraten! Da die Männer aber die Überzeugungsschwächsten Geschöpfe Gottes sind, kommen die meisten von diesem Grundsatz elendiglich ab. Und zwar immer und immer wieder durch das Überzeugungsstärkste Geschlecht, das sie zum Heiraten verführt.

Nehmen wir dieses schöne, dieses verlockende weibliche Geschlecht nun einmal unter die Lupe, um herauszufinden, „Welche" man heiraten soll. Zunächst gibt es Große, Kleine, Dicke und Dünne. Wer ganz Langen und Dicken ist zu warnen. Sie brauchen über 3 Meter Stoff, wenn er nicht doppelt breit liegt, noch mehr. Sie haben wohl auch immer und viel mehr körperlichen als Liebeshunger, denn ich habe einmal eine mittlere Riesendame — sie war Tänzerin — mit einigem Erfolg geliebt, die aß so gern Wurst, und immer in Portionen, die an ¾ Pfund grenzten. Eine solche Ehekandidatin konnte im Zeitalter der Dollarschweine natürlich nur einen Fleischer heiraten, und das hat sie auch redlich getan. Eine zu Kleine zu heiraten — das kommt auf das eigene Maß an. Chaplin z. B. müßte eine sehr kleine Frau nehmen, die bei seinen vielen Ohrfeigen ihm immer unter dem Arm durchschlüpfen kann. Hingegen ist es sehr groteskt, wenn ein langes Spinett von einer Dame neben einem Manne in der Ehe hergeht, der so niedrig ist, als sei er ein vom Zuckerbäcker ausgelegtes Teigtäschchen. Auch ich erinnere mich einer kleinen platonischen Liebe zu einer Dame von 2½ Steckwerken, die ich durch Abgewöhnung der hohen Haar- und Schuheinlagen um einen Kniefloch kleiner kriegte. Aus der Sache wurde aber doch nichts, weil sie sich bei jedem Kusse herabließen, oder ich mich auf einen Stuhl laden mußte, wenn ich ihr nicht dauernd die Hände in Mundhöhe küssen wollte.

Kommen wir zu ihrer anderen Kategorien von Damen: blond, braun, schwarz oder rot. Die Kastanienmädchen sollen am zahmsten sein, wenigstens sagt das ihre Behauptenstenographie. Am gefährlichsten dagegen soll die rote Farbe sein, was sicher nur ein bitteres Vorurteil ist. Ausnahmen wie die Xanthippe des Sokrates gibt es natürlich, sind sie aber innerlich auch rauh und holperig, so haben sie doch „außen" einen glatten und wunderschönen Teint, man mag sie auf Arm, Nase oder Schulter küssen. Etwas schüchtern sind immer die Blonden. Sie eignen sich für leicht treulos angehauchte Männer, weil man ihnen viel über Treue vorerzählen kann, während Männer mit den Schwarzen oft selbst viel Grund zur Eifersucht haben sollen. Ich weiß es nicht, meine Statistik gibt mir nur wenig Erfahrung an die Hand, denn in meinem Tagebuch stehen: 17 Blonde gegen zwei Schwarze, 11 Braune gegen nur eine Rote. Hinter dieser stehen allerdings drei Kreuze.

Selbstverständlich können zwischen groß und dick, schwarz und rot usw. noch einige nette Melangen oder Komplikationen eintreten. Nur Athleten oder seelisch mit dem Leben Abgeschlossenhabende sollten eine allerdings sehr selten vorkommende Kombination von ein Meter 90 mit goldgeröntem Harschopf wählen. (Sollte diese Dame zu den geneigten Leserinnen gehören und eine Berichtigung persönlich überbringen wollen, so mache ich im voraus darauf aufmerksam, daß ich durch eine zweite Tür meines Zimmers bei Unglücksbesuchen verschwinden und durch Knopfdruck einen Riesenmenschen von Hausmeister elektrisch herbeizitieren kann.)

Wir kommen nun zu der Frage, soll man reich oder arm heiraten? Die Antwort ist ohne Zweifel: nur nicht reich. Bei der heutigen Geldentwertung kann man nur verlieren. Es sei denn eine Amerikanerin oder ich eine Dame von valutastarker Büste. Außerdem haben reiche Mädchen nur immer Ausgaben im Kopf, doch haben sie den einen Vorzug, sie können nicht kochen und tun es auch nicht, wohingegen andere, die sonderbare Kochkünste studiert haben, es trotzdem tun. Besonders empfehlenswert sind neu reiche Mädchen, weil man dann als Familienzuwachs einen Schweiservater bekommt, den man im Essen, Bewegen usw. noch zu sehr hübschen Kunststückchen abrichten kann, so daß man ihn bald aus dem Käfig herauslassen darf.

Weil wir gerade bei der Köchin waren — soll man Studierte und Geschäftsmädchen heiraten? Die Studierten sind meist männlich schlaue Zeitgenossinnen. Fragen wir aber lange und zuverlässig verheiratete Männer, so sagen sie, es ist nicht gut, wenn die Frau zu gescheit ist. Sie macht dann nur Dummheiten. Ist eine z. B. Chemikerin, dann ist sie imstande und kocht Pellkartoffeln ohne Schalen im Schmelztiegel und gibt ihrem Manne eine Kochlöserlauge, die aus der chemischen Formel gebraut ist: $NH_3 + HCl = NH_4Cl$, was Ammoniak plus Chlorwasserstoff und zur chemischen Reinigung des inneren Menschen sicher sehr gut ist. Einmal erinnere ich mich auch der nahen Verlobung mit einer Medizinerin. Aber wollte ich ihr einen zärtlichen, herzstärkenden Kuß verordnen, sagte sie: „Daß Du schon mit einem in Äthyl getränkten Watte-bausch die Lippen desinfiziert?" Diese prophylaktische Verbotsbehandlung behindert natürlich stark den Entschluß, definitiv zu heiraten.

Solche Hindernisse gibts bei Büromädchen kaum. Ihr Glück bezw. das Unglück ihrer Chefs, das fast immer bei dem Diktat eines Briefes anfängt und bei dem der Chef aufhört, ist beinahe sprichwörtlich. Bleibt nur noch die Frage, soll man eine Jüngere oder eine Ältere heiraten, eine 18jährige, eine Witwe oder eine Geschiedene. Wenn ich die Wahl hätte, und Gott sei Dank habe ich sie noch, ich würde heutzutage nur eine Witwe nehmen, und wenn eins von uns beiden sterben sollte, wieder eine Witwe, bis ich mir ein großes Möbellager erheiratet hätte. Auch das Vorurteil gegen Geschiedene ist hinfällig, weil sie natürlich alle schuldlos geschieden und wahre Engel sind. Dagegen nie eine 18jährige — bis man der alle Ideale der Ehe abgewöhnt hat, ist man meistens schon sehr unglücklich verheiratet.

Ich könnte noch viele heitere Nuancen über dieses so ernste Heiratsproblem vorbringen, aber unser Eheredakteur sagt sowieso schon, hören Sie bloß auf zu pfeifen, sonst kommen wieder 20 grobe anonyme Briefe, was das für ein Blödsinn in der Zeitung wäre — — Ich wünsche mit aber nur 10 liebenswürdige von Damen, die den Männern nun einmal sagen — welche von ihrer Sorte man heiraten soll. Das könnte eventuell auch ganz interessant zu lesen sein.

*

Venus und Erfolge.

Von Karl Adler.

Es ist [illegible] nicht, sich einer Frau zu bemächtigen; es wäre denn, daß man sie liebt.

In der Liebe kommt es auf Distanzhalten an: je weiter die Distanz, desto höher der Kunst, der überspringt.

Kein Mann ist irgend einer Frau wert; allerdings auch keine Frau irgend eines Mannes. Einander blos verzehren, von Herzen, unter Schmerzen, das ist die Liebe.

Über die Fragen der sexuellen Moral können die Züchter von Rassetieren mit den Vorgeschrittenen Literaten nicht einig werden.

Ich glaube nicht, daß zwei Gerade, die einander begegnen, ihres Zusammentreffens froh werden. Gewiß, sie streben einander zu. Aber was, wenn nicht Entäuschung, treibt sie mit gleicher Hast voneinander? Sollen zwei Gerade in Eintracht und gleichem Takt miteinander zu leben vermögen, müssen sie parallel laufen, das heißt, sie müssen ihr erstes Rendezvous im Unendlichen haben.

Die Probleme des Eros wollen erlebt und nicht gelöst werden.

Wo kein Widerstand ist, hat Eros alle Schlachten verloren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221218-15/fragment/page=0002

Heute kosten nach dem Merseburger Preisstande vom 16. Dez. gerechnet:

50 Pfund Kaiserauszug . . .	zu 240 M	= 12 000 M
18 Pfund Butter	zu 1500 M	= 27 000 M
14 Pfund Salt-Rosinen . . .	zu 1200 M	= 16 800 M
6 Pfund Korinthen	zu 1100 M	= 6 600 M
6 Pfund Süße Mandeln . . .	zu 2000 M	= 12 000 M
2 Pfund Bittere Mandeln . .	zu 1600 M	= 3 200 M
10 Pfund Zucker (Marken) . .	zu 190 M	= 1 900 M
		79 500 M

Man sieht also, daß man sich so viel Stoffen nicht mehr wird backen können, daß man die liebe Verwandtschaft im Felde mit durchfüttern kann und bis Neujahr reicht. Und das ist auch gar nicht nötig. Wenn es nur für die Angehörigen reicht bis zum Tag nach dem Fest, dann kann die Hausfrau beute zufrieden sein und braucht außerdem nicht vorm Feste zu klagen: Wenn bloß die Feiertage erst vorüber wären, so geplagt war sie immer. So hat sie weniger Arbeit und kann in der Dämmerstunde den Weihnachtsmärchen erzählen.

*

** **Verwaltungskosten für Kriegsbeschädigte.** Nach längeren Verhandlungen hat sich jetzt das Landesfinanzamt Magdeburg bereit erklärt, für Kriegsbeschädigte besondere Verwaltungskosten bei der Festsetzung der Einkommensteuer ab 1. Januar 1922 zuzulassen. Es erhöhen sich demnach die Verwaltungskosten um den Prozentsatz, den der betr. Kriegsbeschädigte an Rente bezieht. Entsprechende Anträge müssen die Kriegsbeschädigten bei der nächsten Veranlagung für 1922 besonders vermerken. Als Ausweis dient der letzte Rentenbescheid. Die Finanzämter haben bereits vom Landesfinanzamt Magdeburg Anweisung erhalten.

** **Verlängerte Gültigkeit der Weihnachtsfonntagskarten.** Wie wir erfahren, wird dem reisenden Publikum für die Weihnachtstage eine erwünschte Verkehrserleichterung beschert werden. Die Sonntagskarten haben nämlich in der nächsten Woche verlängerte Gültigkeit, und die Reisenden können sie von Sonnabendnachmittag bis Dienstagabend um 12 Uhr benutzen. Die Rückfahrt muß noch vor Mitternacht angetreten sein. — Sicher wird diese Zubilligung für viele einen erhöhten Anreiz abgeben für Weihnachtsausflüge.

** **Der Sturz des Dollars** scheint sich im Kleinhandel bemerkbar zu machen. Schon kann man in Lebensmittelgeschäften den Aushang „Bedeutend herabgesetzte Preise" sehen. Die Milch ist dagegen um vier Mark weiter gestiegen. Ob der Rückgang bereits jetzt größere Formen annimmt oder nochmals ein Rückschlag eintritt, dürfte abzuwarten sein.

** **Merseburger Diebstahlschronik.** In den letzten beiden Tagen sind die Langfinger in gesteigerten Maße tätig gewesen. Am Hofe des Grundstücks Breite Straße 14 wurde ein Fahrrad, Marke Wanzer, Modell 91, Nr. 414 225 gestohlen. Das Fahrrad hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, vernickelte Speichen, nach oben gebogene Lenkstange. Wert 160 000 M. — Ein weiteres Fahrrad wurde am Sonnabend abend Sixtistraße 18 entwendet. Es trägt die Nummer 90 730 und hat eine normale Lenkstange, sonst gleicht es dem vorerwähnten Rade. Hier nahm der Dieb noch ein zum Trocknen aufgehängtes gestreiftes Herrenhemd mit. — Auf Fabrik Tat erlopht wurde der Vorarbeiter H., der in einem Herrenmodegeschäft sich eine Krawatte angeignete. — In letzter Nacht stahlen Diebe einem Maschinenwärter St. Meyers Konversationslexikon (24 Bände) und einen rotbraunen Perserteppich 72 mal 120 im Werte von 2 Millionen Mark. — Dem Bürstenfabrikbesitzer Trebl wurde gleichfalls in letzter Nacht eine Schreibmaschine aus dem Kontor entwendet. Die Polizei ist den Dieben z. Zt. auf der Spur.

** **Wegen Landstreichens bezw. gewerbsmäßiger Unzucht** wurden zwei Personen dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

** **Ein Wasserrohrbruch** zog am Sonnabend mittag die Aufmerksamkeit der Passanten und der Jugend an der Burgstraßen-Ecke beim Ratsteiler auf sich. Der Schaden war bald beseitigt.

** **Der „Eiserne" Sonntag** kann in dem bekannten Straßengetriebe zum Ausdruck. Naturgemäß erreichte der Umsatz an Waren die Ziffern früherer Jahre nicht. Es fehlt der Bevölkerung die nötige Kaufkraft. An der Kirche wurden Christbäume angeboten, die trotz der hohen Preise Absatz fanden. Der Regen in den Nachmittagsstunden beeinträchtigte den Geschäftsgang.

** **Wagen ohne Beleuchtung** sind eine Gefahr für die Passanten zur Nachtzeit. Augenblicklich wird über das Herumstehen von Wagen besonders in den kleineren dunklen Straßen lebhaft Klage geführt. Es wäre wünschenswert, wenn die Wagenbesitzer für die Beleuchtung besser sorgen würden, bekanntlich steht auch Strafe auf die Unterlassung.

** **Neue Bilder im Schaufenster unseres Geschäftshauses.** Beisetzung Sonnings. — Der bayerische Ministerpräsident in Berlin. — Die vierte Jahresfeier der Republik Österreich. — Ein Transportauto auf schreitenden Kufen. — Die deutsche Meisterschaft im Jiu-Jitsu. — Der Freiheitsen Salonist. — Truppenparade in Moskau. — Kieler Stimmungsbilder.

** **Die Einweihung der erneuerten Orgel unserer Stadtkirche St. Maximi** hat am Sonntag stattgefunden. Den Gottesdienst eröffnete der Organist Herr Renovanz, mit einem größeren Präludium, in dem das restaurierte Werk in all seinen Einzelheiten erkönte. Nach der Liturgie wurde ein Violinsolo mit Orgelbegleitung von Joh. Seb. Bach geboten. In der Predigt behandelte Herr Pastor Riem eingehend die Geschichte unserer St. Maximikirche und ihrer Orgel und wies auf die Wichtigkeit hin, die das Orgelspiel für den evangelischen Gottesdienst hat. Die Reparatur ist in den letzten Wochen von der Firma Faber und Grüne in Salzhemmendorf ausgeführt worden und dürfte einen Kostenaufwand von etwa 400 000 M verursachen. Die Summe wird vorläufig durch eine Anleihe gedeckt, die in einigen Jahren durch freiwillige Spenden und die Kirchensteuern gedeckt werden soll.

** **Fraher Gesang und Kinderjubel** tönte gestern im Kinderheim Seffzerstraße wieder. Veranstaltet von Frau Professor Kelbe-Pfeifer und ihrer großen Schülerschar fand eine wohlgelungene Weihnachtsfeier, verbunden mit einer reichen Bescherung des Kinderheims statt. Es grenzt schon an das Wunderbare, was da alles im Laufe der seligen Adventstage an schönen und nützlichen Geschenken für die artigen kleinen Mädchen zusammengekommen waren. Und mit welchem Eifer, welcher Gewissenhaftigkeit wurden auch die kleinen allerliebsten, von Elisabeth Pfeifer aus Halle, der Schwester Frau Professor Kelbe-Pfeifers, geschaffenen Aufführungen zum Vortrag gebracht. Unendlichen Jubel löste der kleine, aber an Gaben sehr große Weihnachtsmann aus. Wie niedlich waren die Eischen Wichtel, Frau Holle, Musika Gebärmarie usw. Alles mehte sich zu einem harmonischen Ganzen zusammen. Der Saal, bis auf das letzte Plätzchen besetzt, entspielt nur andächtig Lauschende. Frau Professor Kelbe und ihr Sohn begleiteten die Beliebten schlichten Weisen mit Harmonium und Geige. Ein reizendes Bild war es, als es an das Verteilen der Päckchen ging, die mit strahlenden Augen entgegengenommen wurden. Frau Professor Kelbe-Pfeifer, die mit ihren Schülern auch in der Kriegszeit schon viel für die Verwundeten getan hat, wurde mit einer tumultuösen Ehrung überrascht. Mit Lieb und Wort der Kleinen wurde ihr ein schöner Christstrauß überreicht, ebenso ihrer Schwester. Beim Ausgang wurden noch für das in der Not so gefährdete Heim viele freundliche Gaben gespendet. Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins und andere Gönner gaben reichlich aus warmem Herzen. Im Kinderheim sind so viele junge Kinderseelen, von denen so manche in der jetzigen Zeit sind schwer gefährdet wären. Um aber diese segensreiche Anstalt weiter zu erhalten, gilt es, Herzen und Hände der Merseburger Bürgerschaft zu öffnen. Wer wird in der holden Weihnachtszeit wohl eine Fehlbitte tun. E. P.

** **Weihnachtsfeier des Mandolinenvereins Merseburg.** Der Mandolinenverein Merseburg beging am Sonnabend abend im Augarten sein diesjähriges Weihnachtsfest. Die Feier wurde wieder zum Beweis dafür, wie großer Beliebtheit sich die Veranstaltungen des Vereins beim hiesigen Publikum erfreuen. Die geladenen Gäste waren so zahlreich erschienen, daß der Saal die Menge kaum aufzunehmen vermochte. Ein gut zusammengestelltes Programm brachte uns Perlen deutscher Volksmusik näher. Die von den Mitgliedern des Vereins unter Leitung des Dirigenten Bundeslehrer König vorgetragenen Musikstücke waren Zeugnis dafür, welchen Aufschwung die Leistungen der Mitglieder unter der Leitung ihres bewährten Dirigenten genommen haben. Bei dem Spiel der Jugendabteilung machten sich die Fortschritte besonders bemerkbar. Eine rechte weihnachtliche anheimelnde Stimmung brachten die gut vorgetragenen Weihnachtslieder hervor. Das Publikum erwies sich als dankbar und largte nicht mit dem wohlverdienten Beifall. Auch die übliche Beschenkung fehlte nicht. Ein flott gespieltes Weihnachtsfüd „Unterm Christbaum" trug zum weiteren guten Verlauf der Veranstaltung bei. Ein Tanz bildete dann den Abschluß der Feier.

** **Die Ortsgruppe des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener** veranstaltete am Donnerstag im Tivoli eine wohlgelungene Weihnachtsfeier für die Kriegerwaisen. Wie rege die Beteiligung war, zeigte der bis auf den letzten Stuhl besetzte Saal. Mußte doch für ca. 350 Kinder eine kleine Weihnachtsfreude bereitet werden. Durch die Gebefreudigkeit mehrerer Mitglieder und hochherzige Spenden einzelner Bürger unserer Stadt, sowie verschiedener Landwirte war es möglich, für die Ärmsten der Armen, die Kriegerwaisen, die Weihnachtsfeier zu veranstalten. Nach einigen Musik-Vorträgen sprach die Schülerin Irma Starke einen schönen Weihnachtsprolog. An die Begrüßung durch den Gauvorsitzenden, Kameraden Hirschfeld, schlossen sich mehrere der Stimmung des Tages entsprechende Silbervorträge des „Silbervereins Merseburg" an. Acht kleine Mädchen sagten in aller Freude ihre gut erlernten Weihnachtsgedichte vor. Das folgende Weihnachtsspiel „Das Kleeblattschen" oder „Die güldene Kette", vorgetragen von 22 Kindern, fand guten Beifall. Endlich betrat auch Knecht Ruprecht, von all den Kleinen lang erwartet, den Saal. Ängstliche und freudige Gesichter konnte man da sehen, kleiner noch verstiebene Kleine ihre Gebete vorsagen. Doch bestehen die ängstlichen Gesichter schnell auf, als Knecht Ruprecht aus seinem Sack allerlesche kleine Geschenke herausklaubte. Inzwischen ging die Bescherung der Kleinen ungestörten. Der Abend vereinte dann die Kameraden und Kameradinnen zu einer kleinen Feier, welcher durch Gesangsdarbietung einiger Mitglieder des Gesangvereins „Freie Sänger", Silbervorträge usw. verschönt wurde. Unser bewährter Kamerad Bischoff trat wieder einmal Meister in Klopfen-Vorträgen. Den edlen Spendern aber, die es ermöglichten, den Kriegerwaisen die Freude eines Weihnachtsfestes zu bescheren, gebührt Dank, war es doch einem großen Teil der Kriegsopfer in diesem Jahre nicht möglich, an ein Weihnachten zu denken.

** **Märchennachmittag.** Im „Tivoli" findet am Donnerstag eine Märchen-Vorstellung statt. Die zahlreichen künstlerischen Lichtbilder und der Vortrag der Schauspielerin Alice Drechsler-Geisgie bringen die Zuhörer andächtig in Bann. Die Märchen wie Dornröschen, Frau Holle, Rotkäppchen u. a. sind liebe Bekannte, die jedes Kindergemüt aufs neue entflammen und erfreuen. Die herrlichen Märchenbilder haben stets groß und klein entzückt und fanden überall ausverkaufte Häuser. Vorverkauf Buchhandlung Bouch.

*

Die Volksversammlung der kommunistischen Partei

am Freitag abend in der Frankenburg wies einen verhältnismäßig schwachen Besuch auf. Es scheint auch hier durchzudringen, daß das zweifellos hohe kommunistische Ideal sich mit den Methoden der KPD. nicht erreichen läßt. Stadtrat Kilian-Halle verbreitete sich teilweise recht einleitig über das Problem der Teuerung. Sie sei hervorgerufen lediglich durch die Bestrebungen der „Bourgeoisie", die durch den Krieg verlorene wirtschaftliche und politische Macht wiedergutzumachen. Der Achtstundentag sei nicht Schuld an dem Rückgang der Produktion in Deutschland. Dieser sei dadurch verursacht, daß man nicht ungefraft Millionen von Menschen aus dem Arbeitsprozeß auf Jahre hinaus entfernt und sie durch ein Streben, das nur der Vernichtung bestehender Werte gilt, dem sittlichen Wert der Arbeit entfremdet. Inzwischen gleiche sich der Rückgang wieder aus, in einer Reihe von Industriezweigen sei bereits der Friedensstand der Produktion überschritten. In der Behauptung, die schlechte Währung der deutschen Mark sei an dem Elend schuld, liege nur ein Vorwand (?) Wahrheit. Die meiste Produktion sei unabhängig von Ausländsmarkt. Aber der Dollar sei schon so in der Achtung gestiegen, daß der Autoritätsglaube am ihn tiefe Wurzel geschlagen habe. Es gelte, dem Wucher gegenüber die Einheitsfront der arbeitenden Schichten des Volks aufzurichten, die die menschewistischen Führer zerschlagen hätten. Eine Reihe von Lichtbildern, von einer gewandten Hand flizzert, wurde vorgeführt. Es waren „politische Bilder" und man kann über den Geschmack bekanntlich nicht streiten. Dank der ruhigen, manchmal stockenden Erläuterungsweise Kilians riefen die Bilder mehr Heiterkeit als Erbitterung hervor. Stadtverordneter Koenen mahnte zur Einigkeit und zur Solidarität mit den streikenden Anilin-Arbeitern in der Pfalz. Der ihnen aufgezwungene Kampf sei ein Glied in der Kette des Kampfes gegen die Arbeiterschaft. Gelänge es der Bourgeoisie zu siegen, so würde die Notgemeinschaft nach dem Friedhof beginnen. Die Befreiung der Menschheit könne nur durch die Arbeiterklasse herbeigeführt werden.

*

Der Verkauf der Kurie angefochten.

Wie verlautet, ist der Verkauf der Kurie Domstraße 8 seitens des Domkapitels durch den Provinzialkonservator angefochten worden. Die Angelegenheit beschäftigt zurzeit noch das Kultusministerium. Dem Vernehmen nach soll sich auch der Provinzialausschuß in seiner letzten Sitzung mit der Frage beschäftigt und den Landeshauptmann ermächtigt haben, das Grundstück für die Provinz zu erwerben, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet. Näheres über den Beschluß zu erfahren, war nicht möglich, da er vertraulich gefaßt war. Da infolgedessen eine Mitteilung von seiten der Mitglieder des Provinzial-Ausschusses ausgeschlossen ist, muß es dahingestellt bleiben, wie weit die aufsichtlichen Mitteilungen des „Volksblattes" in seiner Sonnabendausgabe auf Wahrheit beruhen.

*

Kassenpatient und Privatpatient.

Zu diesem Thema schreibt die „Deutsche Krankenkassen-Korrespondenz":

Die Klagen über die schlechte ärztliche Versorgung der Krankenkassen wollen nicht wieder verstummen. Auch von den Ärzten wird zugegeben, daß die Behandlung der Kassenpatienten nicht so ist, wie sie sein sollte. Die Gründe dafür sind klar. Die Kassen sind gesetzlich verpflichtet, durch Verträge mit den Ärzten die ärztliche Hilfe für ihre Mitglieder sicher zustellen. Die Honorarzahlung ist von den Patienten auf die Kasse übergegangen. Diese Tatsache hat im Verein mit der Überfüllung des ärztlichen Berufes zu Verhältnissen geführt, die man getrost als Überzeugung bezeichnen kann. Nicht mehr die Qualität der ärztlichen Leistung ist ausschlaggebend für die Bemessung des Honorars, sondern die Menge der Verrichtungen, die der Arzt macht. Kaufmann Arzt hat also ein Interesse daran, möglichst viel Patienten zu besitzen, sich aber mit keinem allzulange aufzuhalten. Gedankenloses Verschreiben von Arzneien und oft ganz wertloser Stärkungsmittel, muß die Mängel der Behandlung ausgleichen. Die Folge sind Einbuße an gesundheitlicher Volkskraft, steigendes Mißtrauen gegen die Ärzte und schließlich Verschwendung von Kassenmitteln, die besser angelegt werden könnten. Man unterschätze besonders auch diesen letzten Umstand nicht. Die Krankenversicherung, die einzige Hilfe des Arbeiters im Krankheitsfall ist in schwerer Not. Das beweisen die Berichte der Kassen aus dem letzten Jahr. Aus dürren Zahlen ergibt sich, daß die Klaglagen bei den meisten Kassen aufgezehrt sind, daß die Kassen Darlehen aufnehmen müssten, zu deren Deckung die Leistungen herabgesetzt und die Beiträge erhöht wurden. Wichtige gesundheitsfördernde Maßnahmen mußten unterbleiben.

Hier gibt es auch nach Auffassung vieler Ärzte nur eine Rettung. Der Kassenpatient muß zu dem Arzt in das gleiche Verhältnis wie der Privatpatient kommen. Die Kassenmitglieder müssen durch ihre Vertreter im Ausschuß und Vorstand selbst bestimmen können, ob die Kasse Verträge mit Ärzten und Professoren abschließen soll oder ob es dem Kranken überlassen bleibt, den Arzt als Privatpatient aufzusuchen und die Kosten für die Krankenpflege einschließlich Arznei nach dem Verhältnissen der geleisteten Beiträge von der Kasse erstatten zu lassen.

Greift diese Regelung Platz, dann werden die Klagen über die schlechte ärztliche Behandlung von selbst aufhören, dann wird es auch möglich sein, wieder Kassenmittel für andere dringende Zwecke freizubekommen, z. B. für eine Erhöhung des jetzt durchaus unzureichenden Krankengeldes und für die dringend notwendige allgemeine Einführung der Familienkrankenpflege.

Tageskalender.

Montag 18. Dezember.

Stadtverordnetenversammlung.

Bildungsabend im Gerzog Christian.

Dienstag, 19. Dezember.

Kammerlichtspiele: Die Gezeichneten

*

Wetterwarte.

V. W. am 19. 12. (Dienstag): Etwas kälter, wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, strichweise etwas Niederschläge. — 20. 12. (Mittwoch): Wolkig, hin und wieder etwas aufheiternd, etwas Niederschläge, Temp. wenig verändert.

§ **Neu-Rössen**, 18. Dez. **Wochenmarktsbericht vom Donnerstag.** Es kostete Kurzst 800 M, Schweinefleisch 800 M, Rindfleisch 700 M, Stinken 1200 M, Gänsefleisch 600 M, Margarine 1050 M pro Pfund, Landbutter 750 M pro Stück, Quark 150 M, Äpfel 25—30 M pro Pfund, Kohl 8 M pro Stück.

§ **Schkeuditz**, 18. Dez. Vielfach hat es Verwunderung hervorgerufen, daß der elektrische Betrieb der Strecke Halle-Leipzig seit längerer Zeit eingestellt ist. Die Ursache hierzu liegt in einem gewissen stattfindenden Umbau der Leitung im Gebiet des Bahnhofs Gröbers. Es ist bekannt, sich von der übrigen Strecke dadurch unterscheidet, daß hier das sogenannte Hängesystem der Leitungsdrähte ausgeführt ist, während sonst die Drähte an festen Masten angebracht sind. Vermutlich durch Alugasche des Elektrizitätswerkes Gröbers, die auf die Hängeleitung fiel, trat bei feuchter Witterung durch Verbindung mit der Flugasche sehr oft ein Stromüberschlag nach der Erde ein, so daß wiederholt Züge mitten auf der Strecke liegen blieben, weil Strom nicht vorhanden war. Die Mängel sind nunmehr durch Schutzeinrichtungen für die Leitung behoben, so daß voraussichtlich am 19. Dez. die Strecke unter Strom gesetzt und damit der Verkehr wieder eröffnet wird.

Der Typhus im Kreise.

§ **Lützen**, 18. Dez. Nachdem im nordwestlichen Teile unseres Landkreises Erkrankungen an Typhus unter polnischen Landarbeitern ausgebrochen sind, ist nun auch in unserer Stadt Typhus festgestellt worden. Wenn auch zurzeit eine größere Verbreitung der Krankheit nicht zu befürchten ist, so ist doch allseitige Beachtung der Schutzmaßregeln geboten.

Hallesches Kunstleben.

Mona Lisa. Oper von Schillings.

Zur Erstaufführung im Hallenschen Stadttheater.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: die Dichtung, welche Schillings so glänzend vertont hat, wird der Gestalt der Mona Lisa, wie Leonardo sie uns zeigt, nicht gerecht. Die Frau, die uns das unvergeßliche Renaissancebild des Malers zeigt, ist mehr als die Mona Lisa dieser Oper, die schwankt zwischen Zaghaftigkeit und Leidenschaft. Zu dem ist die Handlung zum Teil von einer rohen Spannung, die das ästhetische Maß überschreitet. Doch ist dies alles veredelt durch die Musik von Schillings, die in großer Fülle ist der Instrumentierung, mit unerhörten rhythmischen Wagnissen das rasche, lebensburstige Renaissancemenschentum leidenschaftlich darstellt. Tragische Größe freilich nicht. Die läßt sich in den Schicksalen der Handelnden nirgends entdecken. Was hier wiedergegeben wird, ist der unzähmbare Lebens- und Genußwille, wild bis zur tollsten Gesamtkeit. Tieferes liegt in dem Geschehen nicht. Aber das hat der Komponist verstanden, so musikalisch zu gestalten, daß einem der Atem vergeht über den stürmenden Rhythmen. Die Rahmenhandlung, die um das Bild aus der Renaissancezeit geschaffen ist, wirkt gewollt symbolisch, wird aber doch in dem abschließenden Teil nach dem zweiten Akt als wohltätige Lösung empfunden. Eine tiefere Tragik liegt in dem Stücke nicht. Mona Lisas Zusammenbruch ist der Schluß einer Historie, aber nicht eines Dramas, und so nimmt man gern die Rahmenhandlung wieder hin, die wenigstens sinnbildlich etwas mehr zu sagen versucht; daß dieses alte Spiel immer neu bleibt, Mona Lisas Lächeln um alle Frauenlippen spielt. Ein Ersatz für den tragischen Sinn, welcher der eigentlichen Opernbegebenheit mangelt, ist stürmisch und stark sie auch verklärt.

Das Gelingen des Abends lag bei Mona Lisa (Woldd Zuska). Stimmlich voll und frisch, spielte sie überzeugend. Es gehört bei dieser Schillings-Oper Mut dazu, an den höchstgesteigerten Stellen die Grenzen des Musikalischen zu überschreiten, zu schreien, statt zu singen. Dichter und Komponist wollten es, die tollen Wirbel des Orchesters fordern es und so muß die Darstellerin folgen. In der zweiten Hauptrolle des Francesco war Fritz Kerzmann musikalisch nicht glücklich. Die so schwierigen Intervalle der Schillingschen Musik zu treffen, gelang ihm nicht immer und sein belegtes Organ enttäuschte des öfteren. Dagegen war sein Spiel schauspielerisch gut. Die Rolle des Giovanni war bei Hermann Ahlers-Meyer in guten Händen. Martha Falb gab Giovetta, die Venus von Florenz, und erfreute mit ihrer hellen, reinen Stimme und ihrem geschmeidigen Spiel. Unter den Kavalieren hob sich Teßmers schöne Stimme und unverwüstlich lebhaftes Spiel vorteilhaft heraus.

Die musikalische Leitung lag bei Otto Braun. Er hatte natürlich bei einer so neuartigen Aufgabe (weniger für das Orchester als für den Chor) reichlich recht schweren Stand. Schade nur um das „Miserikordia" im vorletzten Bild hätte es nicht gekürzt bleiben dürfen.

Versucht man die Summe zu ziehen, so muß man es doch dankenswert nennen, daß auch die Moderne in der Hallenschen Oper zu ihrem Recht kommt. Dabei sind noch große musikalische Schwierigkeiten zu überwinden, aber man spürt die ehrliche Arbeit in dieser Richtung und hat das Gefühl, daß sie auch gelingen wird. F.

Vermischte Nachrichten

* **Forschung und Film.** Die Filmoberprüfstelle hat gestern nach vielstündigen Verhandlungen den von der Ufa hergestellten Film Steinachsche Forschungen zur öffentlichen Vorführung freigegeben. In der mündlichen Begründung betonte der Vorsitzende, daß sich die Kammer nicht habe dazu entschließen können, zu glauben, daß die Bevölkerung den großen wissenschaftlichen Ernst dieses Films mißverstehen werde.

* **Kommentar überflüssig.** Einen netten Beitrag zum Kapitel „Jugend von heute" leistete sich kürzlich ein Fräulein in Kleinschmalkalden. Ein Jüngling besuchte kürzlich mit seiner Thusnelda ein Lokal und bestellte Bier. Die Dame wollte das Bier aber selbst bezahlen, wogegen sich der Jüngling sträubte. Kurz entschlossen nahm die Holde den Hundertmarkschein ihres Begleiters, riß ihn in Fetzen und warf denselben ihrem Verehrer vor die Füße. — Kommentar überflüssig.

* **Der Frauenüberschuß Europas.** Nicht weniger als auf 25 Mill. ist der Überschuß an Frauen gestiegen, der vor dem Kriege nur 9,5 Millionen betrug, bei einer europäischen Gesamtbevölkerung von 460 Millionen. Inzwischen ist diese, nach Berechnung des Statistischen Reichsamtes auf 475 Millionen gestiegen, von denen ungefähr 250 Millionen Frauen sind, so daß es also 25 Millionen mehr Personen weiblichen Geschlechts gibt. Vor dem Kriege kamen auf 1000 Männer 1038 Frauen, jetzt 1111. Dabei bestand früher der Überschuß zum erheblichen Teil aus älteren Frauen, besonders Witwen, jetzt sind es im wesentlichen Frauen heiratsfähigen Alters. Am größten ist die Verschiebung in Rußland, wo vor dem Kriege auf 1000 Männer 1042 Frauen kamen, jetzt 1229. In Deutschland stieg die Zahl von 1026 auf 1100, in Österreich von 1027 auf 1069. In der Schweiz ist die Zunahme von 1088 auf 1078 gestiegen. Eine Abnahme zeigt sich nur in den Niederlanden, von 1020 auf 1010.

* **Alles schon dagewesen.** In dem „Tagebuch einer im Jahre 1814 gemachten Reise über Paris nach London und einigen Fabrikstädten Englands" bemerkt der Verfasser bei einem Aufenthalt in Vor-Surfurt Ende im Jahre 1814 (S. 215): Als beim Nachtessen die Rede auf das Schicksal von Vor und der Umgegend kam, sagte ein französischer Offizier: „Die Deutschen sind doch eine ganz andere Nation als wir! Wenn wir bei ihnen gesengt und gebrannt hatten, so stand es nach sechs Monaten wieder schöner und besser da als vorher, während bei uns Jahr und Tag alles in Trümmern liegen bleibt."!

* **Ein Sechsjähriger — Lebensretter des Vaters.** Zum Lebensretter seines Vaters wurde der sechsjährige Knabe des Bauern Piehlmeier in Schwalba bei Mainburg. Piehlmeier wurde auf der Weide von einem Stier angefallen. Während der 14jährige Hütbube nicht den Mut hatte, einzuschreiten, ergriff der Kleine eine Peitsche und schlug so lange auf den Stier ein, bis er von seinem Opfer abließ. Piehlmeier erlitt einen doppelseitigen Rippenbruch und verdankt sein Leben einzig und allein dem kleinen Buben.

* **Der rasende Telephonabonnent.** Aus Neuyork wird berichtet: Ein Telephonabonnent in Mont-Rolly in den Vereinigten Staaten, der von der Zentrale keine Verbindung erhielt, riß sein Telephon von der Wand und schlug es kurz und klein. Dann setzte er sich in sein Auto und raste mit verbrecherischer Geschwindigkeit zu der zwei Kilometer entfernten Zentrale, drang in das Zimmer des Vorstehers ein, zerschlug dessen Telephon und warf ihm die Trümmer an den Kopf. Seine „Lebhaftigkeit" wurde mit einer Strafe von 25 Dollar gedankt.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur: Franz Germ für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Karl Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ramm, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 86.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221218-15/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dom. Getauft: Gerhard, S. d. Landes-Ober-Sekr. Muth. — Getraut: der Arbeiter O. Marschal u. Frau J. geb. Schmidt.

Stadt. Getauft: Karl Otto, S. des Fabrikbesitzers Wiegand; Hans, S. des Bäckermstr. Weber; Irmgard, T. des Mechanikers Lützkendorf. — Beerdigt: Der Maurer Reinicke.

Altenburg. Getauft: Ingeburg, T. d. Technikers Schönemann. — Getraut: der Fleischer A. Dietrich m. Frau M. geb. Ittiger — Beerdigt: der Heizer Hermann Weise; Fräulein Friedeike Frenzel; Fräulein Frieda Jeske.

Aus auswärt. Blättern.

Verlobt.
Minna Irrisch m. Artur Heinert, Ermitz-Papitz.

Vermählt.
Alfred Prötzsch m. Gertrud geb. Welpreich, Halle.

Geboren.
Th. Arndt, Schkeuditz, 1S.

Gestorben.
Sattlermstr. Adolf Schulze, Langenbogen; Anna Fraulob, Halle; Luise Dinitz geb. Kindler, Halle; Emilie Henze 72 J., Halle; Rentier Eduard Sobel, 74 J., Halle; Luise Bleier geb. Richter, Rittergut Storkau.

Anst. jg. Mann v. Lande sucht möbliert. Zimmer. Wäsche wird gestellt. Ang. u. 387 an die Exp. d. Bl.

Bürobeamter sucht zum 1. Januar 1923 **möbl. Zimmer!!** Bettw. kann gestellt werden. Ang. u. 400 an die Exp. d. Bl.

Weihnachtswunsch. Wer gibt 2-3 leere Zimmer mit Küchenbenutzung ab? **Munkel,** Polizeihauptmann, Kaserne.

Besseres, kinderloses Ehepaar sucht sofort oder später **1 od. 2 leere Zimmer** gegen Vergütung von Kohlen. Nähe Benna bevorzugt. Ang. unter 403 an die Exp. d. Bl.

Welch edeldenkende Fam. tritt für Mutter und Kind v. 2½ Jahr. ein heizb. möbl. Zimmer ab. Mietpr. Nebensache oder gegen Kohle. Ang. unter 399 an die Exp. d. Bl.

Damenhalbschuh Nch gut erhalten, Gr. 36,5 bis 37, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter 377 an die Exp. d. Bl.

Zur Fabrikation kaufe laufend zu höchsten Tagespreisen Gegenstände aus **Gold, Silber und Platin,** sowie **Quecksilber.** **Hugo Jänicke, Dürrenberg a. S.** Leipziger Str. 1d Tel. 357

Wer verkauft **Korbmöbel-Garnitur** Kunstschlosser, a. Privathand. Ang. unt. 404 a. d. Exped.

Alte Bücher (Schreibhefte, Akten 2c.) **u. Zeitungen** kauft zu den höchsten Tagespreisen in jeder Menge **Geschäftsstelle des Merseb. Korresp.** Ankauf: vormittags von 10—11 nachmittags von 5—6

Burschen-Anzug i. A. v. 15—18 J. nebst Akkord-Zither-Harfe z. verk. Besichtig. nachm. v. 8 Uhr an. Hälterstraße 16.

Guterhaltener, wenig getrag. **Gehrock-Anzug,** schlanke, mittlere Figur, Preis 15000 Mark. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Fahrrad, wie neu, zu verkaufen Hallesche Str. 1, parterre.

Die **Verlobung** unserer Tochter **Käthe** mit dem Landwirt Herrn **Friedrich von Klitzing** in Dziembowo beehren wir uns anzuzeigen

Landeskulturamtspräsident Bartenstein u. Frau
Elisabeth geb. Schönheinz.
Merseburg, im Dezember 1922.

Plötzlich und unerwartet verschied am Sonnabend abend 8 Uhr unser lieber Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der Maler

Hermann Gödecke

im Alter von 28 Jahren.

Weißenborn (Kr. Worbis), Merseburg und Meuschau, den 18. Dez. 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 2½ Uhr von der Kapelle des Altenburger Friedhofes aus statt.

Sonnabend abend 7½ Uhr verschied nach längeren Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau

Marie Kandelhardt

geb. Voigt

im Alter von 67 Jahren.

Sie folgte ihrem Sohne Paul nach drei Wochen in die Ewigkeit nach.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Ernst Kandelhardt, Glasermeister.

Merseburg, Halle, Schölitz b. Dessau, den 18. Dezember 1922.

Beerdigung Dienstag nachmittag 3½ Uhr von der Kapelle des Stadtfriedhofes aus.
Etwa zugedachte Kranzspenden erbitte nach Breite Straße 12.

Sonnabend, den 16. Dez. 1922, abends ¾8 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, mein herzensgutes, treusorgendes Muttchen, Schwester, Schwägerin und Tante,

Karoline Urban

geb. Meißner.

In unsagbarem Schmerze:
der tiefgebeugte Gatte und Tochter und alle Angehörigen.

Wallendorf, den 18. Dezember 1922.

Beerdigung findet Mittwoch 2 Uhr statt.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reichlich mit Blumen schmückten und ihm das letzte Geleit gaben, herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Familie Schlotte.

Trebnitz, den 18. Dezember 1922.

Milchverkaufspreis vom 19. Dezember 1922 ab. Vom Dienstag den 19. Dezember 1922 ab beträgt der Kleinverkaufspreis für das Liter Vollmilch für alle Verbraucher 140.— Mk.

Merseburg, den 18. Dezember 1922.
L. A. 546/23. Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Vom 20. Dezember 1922 an tritt Tariferhöhung für Einzelfahrten nach angeschlagenen Sätzen ein.

Merseburger Ueberlandbahnen-Aktiengesellschaft.

Ulster . . von M. **9800,—** an
Anzüge . von M. **16000,—** an
Joppen . . . M. **12000,—**
sowie einzelne Jacketts, Ia. Militär-Hosen und Militär-Breeches-Hosen
Otto Schmidt, Tiefer Keller 5.

Kleine Anzeigen finden nachweisbar die best. Verbreitung im „Merseburger Korrespondent". (Nebenausgabe „Schafstädter Zeitung.")

Dr. Oetker's Aromöl

für Milch- und Mehlspeisen, Saucen, Kakao, Tee, Puddings, Kuchen, Torten, Eis und als Zusatz zu solchen eingemachten Früchten, die nur ein schwaches Aroma haben, wie z. B. Apfelgelee, Marmelade etc. ist

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

Hiermit kann man den Speisen und Getränken auf die einfachste Weise den feinen Vanille-Geschmack und das köstliche Vanille-Aroma geben. Vielfach wird nun sog. Vanillin-Zucker zu vielleicht etwas billigerem Preise angeboten, der jedoch einen so geringen Vanillin-Gehalt hat, daß Geschmack und Aroma schon beim Lagern in den Geschäften sich verflüchtigt hat.

Man achte daher beim Einkauf darauf, daß man nur

Dr. Oetker's Fabrikate

mit der Schutzmarke **„Oetker's Hellkopf"** erhält.

OETKER'S HELLKOPF

8ung! 8ung!

Gräßlicher Selbstmord!

wird begangen, wenn man seine Rohprodukte nicht nach Zischerstr. 22 liefert, zahle höchste Tagespreise für

Altes Eisen . .	65.—
Lumpen	50.—
Knochen	40.—
Papier	100.—
Alt-Metalle . .	

M. Stange.

Gelegenheitskauf! **Schreibtisch m. Aufsatz, Schreibtischsessel (Eiche massiv), Kücheneinrichtungen u. Schlafzimmer** zu verkaufen **Degenhardt's Tischlerei,** Gotthardtstraße 38.

Verkaufe umständehalber: **Kompl. neue Kücheneinrichtung, neues Porzellan, Kleiderschrank, Bettstellen, gr. n. eis. Ofen** u. a. mehr. **Schnauber,** Büro, Braunhaus

Neues rot. Plüschsofa verk. **E. Bernhardt,** Werkstatt für Polstermöbel, **Gotthardtst. 42.**

Gut erh. Piano zu verkaufen Steinstr. 13, pt. Tel. 604.

Pass. Weihnachtsgeschenk 1 neues und 1 gebrauchtes **Fahrrad** billig zu verkaufen Steinstraße 13, pt.

Bücher für 12—14jähr. Knaben zu verkauf. B. b. Klausentor 9.

Eine gr. Kugelgelenkpuppe zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gut erhalt. Schaukelpferd, gr. guterh. Puppenwagen u. 1 Selbstfahrer (Holländ.) aus gutem Hause zu kaufen gesucht. Angebote m. Preis unt. 397 an die Exped. d. Bl.

Sprungfähr. Bulle (Simmenthaler) **3 Färsen** verkauft wegen Nachzucht Becker, Schladebach. Dieselbst wird ein gutes junge. Arbeitspferd gesucht.

Kanarienhahn, pass. als Weihnachtsgeschk., abzugeb. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Gersten-schrot zu verk. W. Baumann.

F. neu. Auszieh-tisch zu verkaufen Schmale Str. 9, 1 Tr., r

Bleisoldaten billig zu verkauf. Neumarkt 60, Hof.

NDL
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßiger Passagier- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern

Von BREMEN nach

NORD-AMERIKA u. SÜD-AMERIKA

Vorzügliche Passagier-Einrichtungen für alle Klassen. Anerkannt vorzügliche Verpflegung, geräumige Promenadendecke, behagliche Gesellschaftsräume. Beste hygienische und sanitäre Einrichtungen.

Auskünfte, Drucksachen u. Platzbelegung durch: in Halle a. Saale: Lloyd-Reisebureau L. Schönlicht, Poststrasse; in Leipzig: Nordd. Lloyd, Generalagentur Leipzig, Lloyd-Reisebureau G. m. b. H., Poststrasse 1 am Augustusplatz.

Zigarren
In Präsentkisten
zu 10, 20, 25 Stück
Jeden Posten für Wiederverkäufer abzugeben
Neumann, Halle a. S.,
Alter Markt 30. Fernspr. 3593.

Sie sparen
Zeit und Geld, wenn Sie Ihre Anzeige für auswärtige Zeitungen durch unsere Vermittlung senden. Die Berechnung geschieht zu Originalpreisen
Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent
(Nebenausgabe Schafstädter Zeitung).

Kammer-Lichtspiele
Programm von Dienstag bis Donnerstag.
„Die Gezeichneten!!!"
Ein gewaltiges tieferreifendes Filmwerk nach dem Roman von Alage Madelung in 7 langen Akten. In der Hauptrolle die russische Gräfin Pichowska.
Hierzu ein reizendes Beiprogramm.
Anfang 5 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Kleinkunstbühne
Neues Schützenhaus.
Dir. H. Eisenberger.
Täglich 8 Uhr das große Dezbr. - Programm. Erstkl. Kabarettkünstl. Jeden 4. Tag Programmwechsel.

Hallesches Kunstleben.
Stadttheater
Montag, 18. Dezbr., 7½ Uhr: Maria Stuart. Trauerspiel von Schiller.

Tivoli Merseburg.
Donnerstag, d. 21. Dez., nachm. 3½ Uhr
Märchen-Vorstellung
in Wort u. Bild, für Groß u. Klein, v. Alice Drexler, Schauspielerin, Leipzig.
Dornröschen, Frau Holle, Hänsel und Gretel u. a.
Preise der Plätze: Sperrsitz (numm.) 60 Mk., 2. Platz 40 Mk. einschl. Steuer.
Vorverkauf Buchhdlg. Bouch

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent.

Die Hilfe
Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst.
Begründer: Friedrich Naumann.
Herausgeber Wilhelm Heile u. Gertrud Bäumer.
In der Zersplitterung einseitiger Interessenrichtungen und parteipolitischer Strömungen sucht die „Hilfe" alle zukunftsgläubigen Deutschen zusammenzurufen, die an dem Bau eines neuen, auf nationale und soziale Grundlagen gestellten Volksstaates mithelfen wollen.
Probehefte kostenfrei. Vierteljahrespreis 175 Mk.
Verlag der „Hilfe", Berlin SW. 11.

Taschen-Fahrpläne! mit **neuen** Fahrzeiten hält vorrätig Buchdruckerei Th. Rödner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 8.

Große Auswahl getragener **Damen- und Herren-Bekleidung und Schuhwaren** stets auf Lager. Sand 1. **Lukas.** Sand 1.

Weihnachts-Geschenk für jede Familie
Merseburger Kreis-Kalender 1923
herausgegeben vom Verein für Heimatkunde.
Preis 70 Mark.
Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent Kleine Ritterstrasse 3.

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseb. Korrespondent. (Nebenausg. Schafstd. Ztg.)

Warm zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinal-Seife gegen unreine Haut, Mitesser.
Pickel Entdecker: Dr. Zucker. Spezial-Arzt Dr. A. Hagen Breslau-Cosmo ist nicht fettend und feuchtend. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich.

Die neuen **Post-Gebühren** ab 15. Dezember 1922 übersichtl. zusammengestellt hält vorrätig Buchdruckerei Th. Rödner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 8.

Sohn achtbarer Eltern, der Lust hat, das Tapezierer- u. Dekorateur-Handwerk zu erlernen, stellt Ostern ein **Ernst Bernhardt,** Tapezierermstr. u. Dekorat., Gotthardtstraße 42, 1 Tr.

Tücht. Aufwartung für ½ Tag bei hohem Lohn gesucht. Kehr, Neu-Rössen, Merseburger Straße 98.

Frohe Weihnacht dem, der Auskunft gibt über **Wilhelm Bäckenkamp** od. **Nachk.** Gute Nachricht aus Amerika in Händen. Otto Weck, Polizeiaufseher, Merseburg, II-Altenba. 461.

Eis. Stemmleiste von Merseburg nach Atzendorf **verloren.** Gegen Lebensmittel abzugeben **Atzendorf Nr. 14.**

Erfahr. Maschinist für Kolbendampfmasch. in Wechselschicht sofort gesucht. Meldungen mit Zeugnisabschr. unter 402 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Tüchtiger
Beton- und Eisenbeton-Polier
für sofort gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften unter 401 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Aufkäufer für Hülsenfrüchte
beim Produzenten gesucht.
Angebote unter Z. N. 788 an **Ed. Krause,** Ann.-Exped., **Essen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221218-15/fragment/page=0004

Gegen die Zuschläge zur Gewerbesteuer.

Zur Frage der Nacherhebung zweier Steuerquartale

schreibt uns der Wirtschaftsverband für Handel und Industrie:

Der Stadtverordneten-Versammlung ist, wie in den Blättern am 15. Dezember zu lesen war, eine neue Vorlage zugegangen, die erkennen läßt, in welcher finanziellen Notlage die Stadt Merseburg sich befindet. Diese Notlage teilt Merseburg fast mit allen Gemeinden des Deutschen Reiches. In der „D. Allg. Ztg." vom 15. Dezember ist ein Artikel des Oberbürgermeisters Dr. Külz, M. d. R., enthalten, betitelt „Gemeinde in Not". Dieser Artikel des bekannten Kommunalpolitikers enthält zur Überzeugung die Gründe, die zum finanziellen Zusammenbruch der Gemeinden geführt haben. Die Gründe sollen hier nicht noch einmal vorgetragen werden, sie sind ja nach allgemein bekannt und bestehen in der Hauptsache darin, daß den Gemeinden in Bezug auf Steuern das Selbstverwaltungsrecht fast gänzlich genommen ist.

Der Artikel enthält aber weiter den Hinweis, daß die Reichsregierung jetzt endlich sich dieser Erkenntnis selbst nicht mehr verschließt.

Der letztere Umstand sollte daher dazu führen, daß die Stadt Merseburg nicht mehr zu dem doch unzulänglichen Mittel greift, neue Einnahmen durch abermalige Belastung von Industrie, Handel und Gewerbe zu schaffen. Die neue Vorlage, wonach ein 5. und 6. Steuervierteljahr zu den Gewerbesteuerzuschlägen erhoben werden soll, bedeutet nichts anderes, als daß anstelle von 3400 Prozent die Gewerbesteuerzuschläge nunmehr 4500 Prozent betragen sollen.

Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn abermals eine Klasse der Bevölkerung allein wieder einer ungeheuren Belastung unterworfen werden soll. Kein Staat wie der von Kriegen geschlagene hat so vielerlei Steuern aufzubringen! Zudem ist die Gewerbesteuer eine Sondersteuer, bei der nicht nur das tatsächliche Einkommen besteuert wird, sondern mehr als dieses. Gewerbesteuerzuschläge von 4500 Prozent bedeuten, daß den Gewerbetreibenden rund die Hälfte seines gewerblichen Einkommens weggenommen wird. Von der andern Hälfte muß er dann noch alle die Steuern zahlen, die von jedem andern Staatsbürger erhoben werden.

Wenn bisher durch die Erhebung von 3400 Prozent gewerbliche Betriebe im allgemeinen noch nicht zum Zusammenbruch gebracht worden sind, so lag dies an der ungeheuren Geldentwertung. Trotzdem haben schon manche kleinere Betriebe ihre Selbständigkeit aufgegeben. Andere mußten, um die Steuern bezahlen zu können, Bankkredit in Anspruch nehmen. Es dürfte bekannt sein, daß der Bankkredit jetzt etwa 20 Prozent erfordert. Im allgemeinen soll man aber Bankkredit natürlich nur für werbende Zwecke in Anspruch nehmen, nicht aber, um Steuerschulden zu bezahlen.

Die neue Hoffnung, daß das Reparationsproblem vielleicht eine Lösung finden wird und daß eine Stabilisierung der Mark erfolgt, werden mit sich bringen, daß die Wirtschaftskrisis, in der wir uns schon befinden, zu einem Zusammenbruch dieser Wirtschaftsbetriebe führt. Wenn eine neue Geldentwertung nicht eintritt und bei den geschilderten Zukunftsaussichten ist es daher unmöglich, Gewerbe und Handel nochmals mit derartigen Zuschlägen zu belasten. Diese Zuschläge können nicht aus den Verkaufspreisen herausgeholt werden, sie lassen sich nicht mehr einkalkulieren, zumal Merseburg nicht außerhalb der Welt liegt und Halle a. S. nur 2200 Proz. Gewerbesteuerzuschläge erhebt.

Industrie, Handel und Gewerbe müssen daher unbedingte Verwahrung dagegen einlegen, daß sie abermals so ungeheuerlich belastet werden sollen.

Mag die Stadt sich an das Reich und den Staat wenden, damit sie aus ihren finanziellen Nöten Hilfe findet.

*

Das Vermögen des städtischen Zimmerplatzes, das in die neue Gesellschaft eingebracht werden soll, beträgt fünfzehn Millionen. Diese Millionen sind aus tausenden Mitteln der Kämmereikasse genommen, mithin also von den Gebern der Steuer zusammen. Steuern sind aber nur dazu da, die laufenden Bedürfnisse der Kommunalverwaltung zu decken, nicht aber um Wertobjekte in beträchtlicher Höhe einzusammeln, wie es hier geschehen ist. Man sollte deshalb diese Wertobjekte durch eine Anleihe ablösen, sie dann der Kämmereikasse wieder zuführen und es würde so das Defizit, weshalb jetzt nochmals Steuern erhoben werden sollen, nicht vorhanden sein. Genau wie der Magistrat nicht in der Lage ist, den Zimmerplatz unfolge der Betriebsmittelnot aufrecht erhalten zu können, so befinden sich in gleicher Weise die Gewerbetreibenden in Betriebsmittelnot, denn sie konnten ihre Einnahmen der Geldentwertung nicht anpassen, mit ihren Ausgaben mußten sie aber sofort der Geldentwertung Rechnung tragen. So herrscht in allen Privatbetrieben dieselbe Not wie in der Verwaltung des Zimmerplatzes.

Wenn der Magistrat ausführt, daß von den Gewerbetreibenden Sparkassen-Hypotheken zurückgezahlt werden, und er daraus den Schluß zieht, daß genügend Mittel in den Kreisen der Gewerbetreibenden vorhanden sein müssen, so ist dies ein Trugschluß. Die Hypotheken werden lediglich aus dem Grunde zurückgezahlt, weil die Sparkasse den Zinsfuß beträchtlich erhöht hat und jeder Steuerzahler mehr denn je zusehen muß, wie er am günstigsten wirtschaftlich arbeitet. Daher muß er die teuren Hypotheken abstoßen und sich auf billigere Weise anderweitig eindecken.

In wie hohem Maße die Betriebsmittel der Gewerbetreibenden fehlen, beweisen am besten die Bankkredite, die in Anspruch genommen werden müssen und die in großem Umfange wieder aufgetauchten Wechsel-Verbindlichkeiten, über die jetzt schon von allen Großbanken geklagt wird.

Richtlinien zur Reform der Gewerbesteuer.

Fort mit der einseitigen Belastung des Handels!

Die Finanznot der Gemeinden zeigt sich allenthalben. Im Nachtragsetat werden erschreckende Fehlsummen genannt, und wohl oder übel sind die Finanzdezernenten gezwungen, bei der Deckungsfrage auf das Nachgrat der Kommunalfinanzen zurückzugreifen — die Gewerbesteuer. Wenn auch die unterbrochene Gebeimerung die Situation für Handel, Industrie und Gewerbe erleichtert und dieser Faktor sicherlich überall in die Debatte geworfen wird zugunsten der Forderung, so gibt die Situation doch Veranlassung, Richtlinien zur Reform der Gewerbesteuer zur Kenntnisnahme zu bringen. Diese Richtlinien sind jüngst bei einer Wirtschaftstagung normiert worden.

Wer sich mit dieser Steuerfrage schon einmal befaßt hat, wird sicherlich zu der Erkenntnis kommen, daß sie eine dringende Forderung auf der ganzen Linie, auch des Einzelhandels, sein müssen. Man verlangt:

1. Die im alten Preußischen Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891 vorgesehene Einteilung in vier Gewerbesteuerklassen ist zu beseitigen. Jeder Steuerpflichtige ist für sich besonders zu veranlagen.

Über die Berechtigung dieser Forderung ist wohl kaum ein Wort zu verlieren. Die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse begründen dieselbe, die nach den heutigen Verhältnissen eine Einteilung nach dem freglichen Gesetz offenbar veraltet ist.

2. Ein einheitliches Gewerbesteuerrecht für sämtliche Bundesstaaten und innerhalb der Staaten für sämtliche Gemeinden ist zu fordern.

Die Berechtigung dieser Forderung liegt in der Bedingung, daß nicht durch größere steuerliche Belastung die Leistungsfähigkeit des einen gegenüber dem anderen unterbunden wird.

3. Der Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen ist zu erweitern. Nicht nur Handel, Industrie und Gewerbe allein sind mit dieser Sondersteuer zu belasten. Namentlich sollte auch die Landwirtschaft zu dieser Steuer herangezogen werden.

Es hat in der Praxis die jetzige Belastung des Gewerbes teilweise zu lächerlichen Situationen geführt. Dafür nur wenige Beispiele: Der Bahnmeister ist gewerbesteuerfrei; der Bahntechniker ist gewerbesteuerpflichtig; der Malermeister ist, wenn er ein Zimmer ausstattet, gewerbesteuerpflichtig; der Maler, wenn er sich in gleicher Art kunstgewerblich betätigt, gewerbesteuerfrei. Wir müssen also eine Berufssteuer und keine Gewerbesteuer haben, da nur erstere in gerechter Form alle Kreise, welche für solche Steuer in Frage kommen, erfaßt.

4. Als Steuermaßstab sollte grundsätzlich nur der Ertrag des Unternehmers in Betracht kommen. Kopf- oder Lohnsteuer sind jedenfalls entschieden abzulehnen. Bei Betrieben, die sich auf mehrere Gemeinden erstrecken, empfiehlt es sich, neben dem Ertrag auch die Lohnzahlungen zur Gewerbesteuer-Einschätzung heranzuziehen.

Es muß an dem Prinzip festgehalten werden, daß nur der Ertrag zu besteuern ist, und nur, wo der Betrieb kein Ergebnis zeigt, können Einlage- und Betriebskapital zur steuerlichen Belastung in Betracht gezogen werden. Unbedingt aber muß als roheste Steuerform die Kopf- oder Lohnsteuer abgelehnt werden, da solche in ihren Folgen unabsehbar sind.

5. Die Nichtabzugsfähigkeit von Schulden, Zinsen läßt sich nicht aufrechterhalten.

Wie berechtigt diese Forderung ist, geht nur daraus hervor, daß man schon im bayerischen Gewerbesteuergesetz diese Forderung anerkannt hat.

6. Die Ertragsberechnung sollte nach den Bestimmungen der §§ 33 und 33 a des Reichseinkommensteuergesetzes erfolgen. Die Bestimmungen der §§ 36 bis 38 und 59 a des Reichseinkommensteuergesetzes und seiner Abänderungen haben Anwendung zu finden.

Diese Forderung sichert ein einheitliches System und wurde auch schon in hamburgischen wie auch im bayerischen Gewerbesteuergesetz anerkannt.

7. Die Veranlagung erfolgt jeweils für ein Rechnungsjahr. Veranlagungsgrundlage ist das Ergebnis des Zeitraumes, der der Veranlagung zur Reichseinkommensteuer oder der Körperschaftssteuer zugrunde zu legen ist.

Es ist ohne Zweifel eine wesentliche Erleichterung für die Behandlung der Steuerzusagen durch den Zensiten, wenn man in dem ganzen Steuerkomplex nach einem Ergebnis behandeln kann.

8. Im Gewerbesteuergesetz ist ein Härteparagraph vorzusehen, ähnlich wie Reichsabgabenordnung.

Auch diese Forderung ist durchaus billig und im hamburgischen Gewerbesteuergesetz bereits anerkannt.

9. Der Tarif muß durchgestaffelt sein wie der Tarif der Reichseinkommensteuer, und er muß eine Höchstgrenze vorsehen. Vorgeschlagen wird eine Bestimmung, daß die Gewerbesteuer für alle Gesellschaftsformen auf allen Stufen die Hälfte der Sätze des Reichseinkommensteuertarifs nicht überschreiten darf.

Hiermit sichert man durch einheitliche Regelung eine Überspannung der Forderungen in einzelnen Kommunen und die zur Begründung zu Punkt 2, bezüglich der Leistungsfähigkeit in Handel, Gewerbe und Industrie gemachten Ausführungen gelten auch hier.

10. Die mehrmalige Erfassung derselben Erträge durch die Kapitalertrags-, Grund- und Gebäudesteuer einerseits und durch die Gewerbesteuer anderseits ist ungerechtfertigt.

Auch hier hat die bayerische Gewerbesteuerordnung bereits die Berechtigung anerkannt.

11. Bei Körperschaften und offenen Handelsgesellschaften ist der den Geschäftsführern gewährte Entgelt für die Geschäftsführung vom Ertrage abzugsfähig. Ein gleiches Recht muß den Inhabern von Einzelfirmen eingeräumt werden.

Es ist unbedingt eine Ungerechtigkeit gegenüber den Einzelfirmen, wenn ihren leitenden Inhabern nicht bezüglich der Abzugsfähigkeit eines Entgeltes für ihre Tätigkeit das gleiche Recht eingeräumt wird, wie solches bei Körperschaften und offenen Handelsgesellschaften der Fall ist.

12. Der mit der Veranlagung der Gewerbesteuer zu beauftragende Gewerbesteuerausschuß ist zur einen Hälfte von den öffentlichen Bernsvertretungen (Handels- und Gewerbekammer), zur anderen Hälfte von den Staats- und Gemeindevertretungen zu wählen. Diese zur Veranlagungen durch Gewerbesteuer-Ausschüsse müssen endgültig sein.

Aus der Praxis heraus hat es sich ergeben, daß dort, wo ausschließlich die Kommunalvertretung die Gewerbesteuerausschüsse zusammensetzt, vorwiegend das parteipolitische Moment maßgebend ist. Notwendig aber ist, daß die Gewerbesteuerausschüsse geöffnet werden in erster Linie aus Berufsvertretern der verschiedenen Wirtschaftszweige, da nur sie zur Beurteilung der Einschätzung wirklich berufen sind. Ebenso ist es notwendig, daß die Beschlüsse dieser Ausschüsse endgültig sind, damit nicht die Möglichkeit gegeben ist, daß über die Beschlüsse der berufenen Sachverständigen zwecks größeren Ergebnisses die Verwaltung nochmals hinausgehen kann.

Dringend notwendig ist es, daß man sich in den berufenen örtlichen Organisationen für die Reform der Gewerbesteuer interessiert und die vorgenannten Forderungen sich als Unterlage zur Behandlung dieser Frage dienen lasse. Nach neuester Pressenotiz erklärte der Regierungsvertreter in diesen Tagen im preußischen Landtag, daß eine zeitgemäße Neuregelung des Gewerbesteuergesetzes vorbereitet sei, und daß dieser Entwurf dem Landtage bald zugehen würde. Sollen also diese Richtlinien sich Geltung verschaffen, so ist Eile not! Dr. W.

Die deutsche Ärzteschaft an das Kulturgewissen der Welt!

Berlin, 15. Dez. (WTB.) Heute nachmittag veranstaltete die deutsche Ärzteschaft unter Vorsitz des Geh. Obermedizinalrates Kuhner in der neuen Aula der Universität eine Kundgebung, in der nach eingehenden Berichten besonders des Geheimen Sanitätsrates Dippe-Leipzig und des Prof. Krautwig-Köln und des Prof. Hubner-Berlin über die wachsende Verelendung des deutschen Volkes und besonders der deutschen Kinder folgende Entschließung angenommen wurde:

Die deutschen Ärzte halten es für ihre Pflicht, mit allem Nachdruck auf die großen Gefahren aufmerksam zu machen, die dem deutschen Volke infolge der stetig zunehmenden Verelendung drohen.

Der Mehrzahl aller Deutschen sind die notwendigen Nahrungsmittel noch in völlig ungenügenden Mengen zugänglich. Die Unterernährung, die Wohnungsnot, der Kohlenmangel, die Unmöglichkeit einer genügenden Körperpflege, Sorgen und Entbehrungen aller Art vermindern die Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einwirkungen auf das allerbedenklichste.

Die Folgen zeigen sich jetzt schon und werden sich bald in erhöhtem Maße besonders bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend geltend machen. Die Tuberkulose greift weiter um sich, Rachitis und Blutarmut breiten sich aus. Skorbut und Hungerödem sind keine Seltenheiten mehr. Die Seuchengefahr kann nicht schwer genug eingeschätzt werden, erliegt Deutschland dieser Gefahr, so ist die ganze Kulturwelt bedroht.

Wir rufen unsere Kollegen im Auslande, wir rufen die gesamte Kulturwelt auf, die Dinge mit klaren Augen zu betrachten und sich nicht blenden zu lassen durch die Lebensführung einer dünnen Schicht von Genußlingen.

Das Elend ist schon jetzt weit verbreitet. Kleine Mittel, Wohltätigkeit, können wesentliche Änderungen nicht mehr herbeiführen. Die gesamte verzweifelte Wirtschaftslage bedarf gründlicher Umgestaltung.

Wir fordern die Welt auf, uns diese Umgestaltung zu ermöglichen.

Die gescheiterte Abrüstungskonferenz.

Die Moskauer Abrüstungskonferenz, deren Schicksal vom ersten Tag an bedroht war, ist nunmehr endgültig gescheitert. Dieser Ausgang kam kaum überraschend, denn nachdem es in Genua nicht gelungen war, den großen Friedenspakt unter Dach und Fach zu bringen, konnte man auch für Moskau nicht auf positive Erfolge hoffen. Als dann gemeldet wurde, daß die Konferenz in den ehemaligen Räumen der deutschen Gesandtschaft stattfindet und daß die Eröffnungssitzung ausgerechnet in dem Saal stattfand, in dem im Jahre 1918 der deutsche Botschafter Graf Mirbach ermordet wurde, waren abergläubische Menschen von vornherein von dem Mißerfolg überzeugt.

Welche Beweggründe waren nun für Rußland maßgebend, daß es trotz aller Schwierigkeiten nicht auf die Einberufung dieser Konferenz

Die Spinne.

Roman von Sven Elvestad.

Berechtigte Übersetzung aus dem Norwegischen von Julia Koppel.

23. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Der, der uns helfen wollte?", fragte Fallenberg.

„Ja", antwortete Krag. „Ich muß an das denken, was er schrieb", fuhr er leicht erschuernd fort, „wie schrecklich es dem ergeht, der die Spinne verrät!. Vielleicht ist dies eine Rache, vielleicht eine Strafe, vielleicht etwas anderes. Möglicherweise hat sie erfahren, daß er uns geschrieben hat. Vielleicht aber hat er auch Abo zu Hilfe eilen wollen. Der Revolver in seiner Hand und das Aussehen der Zimmer deuten darauf hin, daß hier ein Kampf stattgefunden hat. Nun, wir werden ja sehen."

Er suchte weiter in den Taschen des Toten. In der andern Westentasche fand er eine unbenutzte Rückfahrkarte erster Klasse von Kristiania nach Gotenburg. Ferner fand er einen goldenen Schreibstift, aber ohne Monogramm, und ein elegantes, mit Rubinen besetztes Zigarettenetui mit drei, vier Zigaretten.

Krag nahm eine Zigarette heraus, merkte sich die Marke und legte sie wieder an ihren Platz. In der Hosentasche fand er ein Schlüsselbund mit größeren und kleineren Schlüsseln, dazwischen den Schlüssel zu einem Geldschrank — sonst nichts. Krag knöpfte die Weste auf und untersuchte die Wäsche. Sie trug dasselbe Monogramm wie die goldene Uhr: J. R. Aber er fand nicht ein einziges Dokument, das Aufschlüsse über die Leiche gegeben hätte. Das schien Krag indessen nicht im geringsten in Erstaunen zu setzen.

„Die Mörder haben alle Spuren entfernt", sagte er zu sich selbst.

„Die Mörder — glauben Sie, daß mehrere die Untat begangen haben?"

Krag nickte. „Zweifellos", sagte er.

Fallenberg saß eine Weile schweigend da. Dann erhob er sich plötzlich und rief:

„Aber die andern Zimmer! Wollen wir nicht das ganze Haus durchsuchen? Vielleicht hat Abo noch eine Spur hinterlassen."

„Ich glaube kaum, daß wir hier noch etwas finden werden", antwortete der Detektiv, „aber wir können nachsehen."

Sie gingen durch mehrere Zimmer. Einzelne waren ganz leer, andere mit alten, staubigen Möbeln gefüllt.

Sie kamen durch einen langen Gang, gelangten zu einer Treppe und stiegen zum zweiten Stockwerk hinauf. Hier waren alle Zimmer vollständig von Möbeln entblößt, und es sah überhaupt nach verlassener aus, als im ersten Stockwerk. Nirgends fanden sich Spuren, die darauf deuteten, daß die Zimmer kürzlich bewohnt worden waren.

Inzwischen war es immer heller geworden. Die Uhr machte jetzt gegen fünf Uhr sein. Krag zog Fallenberg mit an ein Fenster und zeigte ihm ein hübsches Bauerngehöft, das in einem nahegelegenen Gehölz sichtbar wurde.

„Das wird die Wohnung des Verwalters sein", sagte Krag. „Begeben Sie sich sofort dorthin, wecken Sie ihn und bringen Sie ihn hierher."

„Soll ich ihm von dem Mord erzählen?"

„Nein, sagen Sie nichts und fragen Sie ihn nicht aus. Bringen Sie ihn nur so schnell als möglich hierher."

„Und Sie?"

„Ich bleibe hier."

Einar Fallenberg fand den Weg zur Haustür, und einen Augenblick später konnte Krag ihn über die Felder auf die Verwalterwohnung zulaufen sehen.

Der Detektiv stieg ruhig ins erste Stockwerk hinunter und begab sich in das Zimmer, wo sie die blutdurchtränkte Decke gefunden hatten. Er untersuchte noch einmal alles sorgfältig und ging darauf noch einmal durch die Zimmerflucht, die sie im Laufe der Nacht durchschritten hatten.

Er blieb ungefähr eine Viertelstunde in dem Zimmer des Toten und ging dann auf den Hofplatz hinaus.

Hier betrachtete er eingehend die Spuren auf den Fiesswegen. Nach kaum zwei Minuten hatte er gefunden, was er suchte. Als er zum Hof zurückkehrte, sah er Fallenberg mit einem fremden Mann auf der Treppe stehen.

Der Konsul stellte ihm den Verwalter Ellund vor, und der Detektiv sagte gleich, wer er sei.

Ellund schien äußerst erstaunt zu sein, als er den Namen des Detektivs hörte.

„Sie besuchen uns zu einer merkwürdigen Tageszeit", sagte er. „Man könnte fast annehmen, daß hier ein Verbrechen begangen worden ist."

Er lachte laut, so wahnsinnig erschien ihm der Gedanke. Er konnte ja nichts ahnen.

„Wem gehört das Gut?", fragte Krag.

Der Verwalter machte ein erstauntes Gesicht.

„Wissen Sie wirklich nicht, wem das Gut jetzt gehört?"

„Keine Ahnung", antwortete Krag.

Der Verwalter wandte sich jetzt an Fallenberg.

„Sie werden den Besitzer sicher kennen", sagte er, „es ist Kammerherr Toten."

Der Konsul zuckte zusammen.

„Einer meiner besten Freunde. Das ist unmöglich."

Jetzt lachte der Verwalter wieder.

„Freilich ist es möglich", sagte er. „Wissen Sie nicht, daß Kammerherr Toten zu den reichsten Leuten in Norwegen gehört? Er besitzt noch mehrere Güter, nur dieses hat er ziemlich vernachlässigt, das heißt, das Haus — nicht den Landbesitz", schloß er und zeigte stolz über die blühenden Felder.

„Kammerherr Toten hält sich nie hier auf?", fragte der Detektiv.

„Sehr selten, er hat sich einige Zimmer einrichten lassen, die er hin und wieder benutzt — wenn er ungestört sein will", fügte der Verwalter mit einem vielsagenden und wenig bissbreten Lächeln hinzu.

„Kommt es vor, daß Freunde des Besitzers herkommen, um hier ein oder zwei Nächte zu verbringen?"

„Nein, niemals, Kammerherr Toten kann seinen Freunden sicher anderswo bessere Bequemlichkeiten bieten."

„Wie lange ist es her, seit der Kammerherr zuletzt hier war?"

„Es ist mir aufs genaueste untersagt, etwas über die Besuche des Kammerherrn zu erzählen", antwortete er kurz.

„Kammerherr Toten kommt wohl meistens mit seinem Automobil", forschte Krag weiter.

„Meistens."

Sie nahmen gewiß an, daß Kammerherr Toten gestern nacht hier war?", sagte der Detektiv und blickte den andern fest an.

Ellund Karrte den Detektiv verblüfft an. Es schien ihm aufzudämmern, daß etwas Ungewöhnliches geschehen sei.

„Ich war bereits zu Bett gegangen", antwortete er, „als ich hörte, daß ein Automobil an meinem Hause vorbeikam."

Krag zeigte mit der Hand.

„Dort hinten liegt also Ihr Haus. Um wieviel Uhr haben Sie das Automobil gehört?"

„Ganz genau weiß ich es nicht; aber ich nehme an, daß es gegen zwei Uhr war, denn ich ging spät zu Bett, weil ich noch lange bei den Rechnungsbüchern gesessen hatte. Ich war gerade drauf und dran, als ich durch den Lärm des Autos wieder geweckt wurde."

„Und es sieht Ihnen nicht ein, nachzusehen, wer im Auto war?"

„Nein. Ich dachte, es könnte kein anderer als der Kammerherr sein."

„Aber ich kann Ihnen versichern, daß er es nicht war", sagte der Detektiv.

„Nicht?", rief Ellund. „Dann wird es ein Auto gewesen sein, das seinem Nichtmann über den Hof genommen hat."

„Nein", antwortete Krag. „In dem Auto waren fünf Menschen, und diese fünf Menschen haben ohne Wissen des Kammerherrn heute nacht dem alten Herrenhof einen Besuch abgestattet."

„Wirklich?", sagte Ellund mißtrauisch: „Woher wissen Sie das so genau?"

„Weil ich es weiß", antwortete Krag kurz. „Der eine von den fünf Herren hält sich noch drinnen im Hause auf."

Der Verwalter öffnete sofort die Tür.

„Mit dem werde ich ein Wörtchen reden", rief er. „Ich werde ihn lehren, nachts in die Zimmer meines Herrn einzudringen. Wo ist er?"

„In dem Zimmer mit den dunklen Ledermöbeln."

„Aha, also im Arbeitszimmer des Kammerherrn. Das ist eine unerhörte Frechheit. Was macht er da?"

Der Verwalter sprach unaufhörlich, während er Tür um Tür öffnete, und sich dem unheimlichen Zimmer immer mehr näherte.

„Er sitzt ganz still drinnen", antwortete Krag.

„Ganz still? Das ist höchst sonderbar."

Endlich gelangten sie in das Zimmer des Toten.

„Wo ist er?", fragte der Verwalter.

Ohne zu antworten, zeigte Krag auf den weißen Kahlkopf des Toten, der über dem dunklen Stuhlrücken sichtbar war.

„Sie sollten versuchen, ihn zu wecken", sagte Krag.

Der Verwalter ging auf den Toten zu und sah ihm ins Gesicht. Im nächsten Augenblick taumelte er wie vom Schlag getroffen zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221218-15/fragment/page=0005

verzichtete, sondern vielmehr alles an dem Gedanken festhielt? Die Einladung zur Konferenz liegt ein halbes Jahr zurück, sie erfolgte unter dem Eindruck der Konferenz von Genua am 12. Juni. Der Zusammentritt der Konferenz wurde wiederholt verschoben, schließlich einigten sich dann die eingeladenen Randstaaten auf einer Konferenz in Reval über die einzuschlagende Politik, und am 5. Dezember konnte die Konferenz dann endlich in Moskau eröffnet werden. Wünschte nun die Sowjetregierung wirklich den Frieden, oder suchte sie Vorwände zu neuen Rüstungen? Man verweist in diesem Zusammenhang gern auf die kriegerischen Reden, die Trotzki wiederholt an die Truppen gerichtet hat, und die fälschlich zu wichtig genommen werden. Die Militärs der ganzen Welt — und Trotzki ist Militär — sind in der Beziehung gleich, und man kann auch von einem General der Heerführer nicht gut verlangen, daß er pazifistische Reden hält. Man braucht sich da nur gewisse deutsche Vorgänge in die Erinnerung zurückzurufen, denn dies Säbelgerassel ist uns in Deutschland ja nicht gerade fremd. Im Augenblick dürften die Sowjets in der Tat nicht an eine kriegerische Auseinandersetzung denken. Sie müssen vor allem erst einmal die Folgen der unendlichen Kriege, die Rußland heimgesucht haben, überwinden, und wie weit sie davon noch entfernt sind, das zeigt ja jede Statistik über das russische Wirtschaftsleben. Für später liegen die Dinge natürlich anders. Daß das Fenster nach der Ostsee, über das Rußland heute verfügt, für das Rieleneck zu schmal ist, darüber ist man sich wohl allgemein klar, ebenso wie über die Tatsache, daß die heutige Grenze zwischen Polen und Rußland keine endgültige Grenze sein kann. Aber das sind Dinge, die heute noch nicht spruchreif sind, und wobei es durchaus möglich wäre, daß man zum mindesten in der Frage des Zugangs zur Ostsee eine andere Lösung findet, als den heraufziehenden Konflikt. Jetzt war es offensichtlich den Russen vielmehr um einen Agitationserfolg zu tun. Welchen Zuwachs an Prestige hätte es bedeutet, wenn jetzt in Moskau, wenn auch in engerem Rahmen, das gelungen wäre, was in Genua nicht erreicht werden konnte! Und andererseits, welch glänzenden Agitationsstoff haben die Sowjets jetzt! Denn sie werden natürlich der Welt in allen Tonarten verkünden, daß die Abrüstung nur an der Unnachgiebigkeit der Anderen gescheitert ist, die den Frieden nicht wollten, um den sich die Sowjets so heiß bemühten!

Die Gegensätze traten im übrigen schon auf der ersten Sitzung der Konferenz klar zutage. Litwinow verlangte in seiner Eröffnungsrede die Verringerung der Landtruppen auf ein Viertel des gegenwärtigen Bestandes, Rußland würde dann in den nächsten 1½ bis 2 Jahren die Rote Armee auf 200 000 Mann herabsetzen. Er verlangte ferner eine Neutralisierung der Grenzzonen, weigerte sich aber, in eine Verminderung der Seekräfte einzuwilligen, da die russische Flotte im Vergleich zum Jahre 1917 um mehr als drei Viertel reduziert sei, die jetzigen Seekräfte müsse man zur Verfügung haben zum Schutz der russischen Küsten gegen eventuelle Angriffe stärkerer Staaten, wobei bemerkt sein mag, daß Finnland sich gegen diese Auffassung wandte, da es mit seiner langen Küste auch an der Herabsetzung der Seestreitkräfte interessiert sei. Von den Russen wurde also die tatsächliche Verminderung der Streitkräfte in den Vordergrund geschoben, während die Randstaaten von Anfang an den Standpunkt vertraten, daß zunächst eine politische Einigung erzielt werden müsse. Es müsse ein Vertrag über Schiedsgerichte abgeschlossen werden, und man müsse ein Übereinkommen treffen, einander nicht anzugreifen. Hier drohte schon die Konferenz aufzufliegen, aber schließlich willigten die Russen ein, daß man zunächst einmal über diese Fragen verhandele. Es ist denn auch in der Tat ein Garantie- und Schiedsgerichtsvertrag ausgearbeitet worden, nach dem sich die konferierenden Staaten verpflichteten, alle strittigen Fragen einem Schiedsgericht vorzulegen. Das „Nonagressionsabkommen" sollte sich auf den status quo der in den Friedensverträgen vorgesehenen Gebiete beziehen, so daß auch die Unterzeichner Angriffe anderer nicht am Abkommen beteiligter Staaten nicht unterstützen durften. Die „Prawda" konstatierte damals, daß die Abrüstungskonferenz den ersten Schritt vorwärts gemacht habe und sich auf dem richtigen Wege befinde. Doch warnte das Blatt vor einem allzu großen Optimismus.

Die Ereignisse haben dem russischen Blatt recht gegeben. Als die Diskussion über den Umfang etwaiger Heeresbeschränkungen beginnen sollte, zeigte es sich bald, daß die Gegensätze nicht zu überbrücken waren. Die Polen wollten an einer Beratung über konkrete Ziffern nicht teilnehmen, sondern schlugen die Bildung eines Sonderausschusses zur Klärung dieser Frage vor. Die Russen wieder bestanden auf dem Standpunkt, daß in das Schiedsgerichtsabkommen, wie das Abkommen über den „Nichtangriff" nicht untergezeichnen würden, solange die Beratung des stehenden Heeres nicht beschlossen sei. An diesem Punkt ist dann die Konferenz gescheitert, und die Delegationen haben inzwischen Moskau verlassen. Finnland, Estland, Lettland, allem Anschein nach auch Litauen, teilten den polnischen Standpunkt, so daß jede weitere Verhandlung zwecklos erschien.

Daß diese Delegierten der Randstaaten, haben vor allem die polnischen Delegierten in Moskau eine eigene Politik betrieben, oder waren auch in Moskau französische Einflüsse bemerkbar? Die Frage läßt sich bei der mehr als dürftigen Berichterstattung aus Moskau nicht ohne weiteres beantworten. Es ist aber charakteristisch, daß die in Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau" zum Beginn der Konferenz den Wunsch aussprach, die polnische Delegation möge in Moskau polnische Politik betreiben, denn es wäre verderblich, wenn sie etwa beauftragt sei, dort französische Kastanien aus dem Feuer zu holen! Ob dieser Wunsch berücksichtigt worden ist? Die polnische Delegation war ohnehin schon schwer genug damit belastet, daß sie für die rumänische Regierung bestimmte Erklärungen verlesen sollte, da Rumänien selbst es vorgezogen hatte, nicht in Moskau zu erscheinen, die bessarabische Frage schien den Rumänen allzu wenig zur Erörterung auf einer Friedenskonferenz geeignet. Das und die Tatsache, daß Polen Rumänien vertreten sollte, kennzeichnet die Lage vielleicht am allerbesten und zeigt am klarsten, wo die Gefahren — sieht man vom Fernen Osten ab — für den Frieden liegen, die der Mißerfolg von Moskau nicht aus der Welt zu schaffen vermochte. W. A.

Deutscher Reichstag.

Die letzte Sitzung vor den Ferien.

Berlin, 18. Dezember.

Der Reichstag ist am Sonnabend in die Weihnachtsferien gegangen und er hatte am letzten Tage, wie dies so üblich zu sein pflegt, noch eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Nachdem die Regierung zugesagt hatte, die sozialdemokratische Interpellation über das Urteil im Hardenprozeß und die Schulaufsicht in Bayern in der üblichen Frist zu beantworten, nahm man in dritter Lesung eine **Novelle zum Gerichtskostengesetz an**, der zufolge künftig u. a. ein Termin zur mündlichen Verhandlung erst anberaumt werden wird, nachdem die Prozeßgebühren bezahlt worden sind. Der Kommunist Herzfeld erklärte dazu, das hiebe aus der Justiz eine Ware machen. Er verkannte aber, daß die Gerichte heutzutage überlastet sind und daß die Zeit Prozeßhanseleien nicht erlaube. Auch die **Novelle zum Einkommensteuergesetz wird** gegen den Widerspruch der Linken in der Fassung 2. Lesung **endgültig verabschiedet**. Das Gleiche geschieht mit dem neuen Gesetz zur Zwangsanleihe, nachdem die Sozialdemokraten einen letzten Vorstoß durch Dr. Herz hatten einlegen lassen. Eine namentliche Abstimmung wurde zunächst ausgesetzt und zwischendurch das Gesetz über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen. Die 3. Lesung des 7. Nachtrags-Etats führte den Abg. Dr. Helfferich (Dn.) zu einer erneuten und leider nur zu berechtigten Erklärung gegen die Verschwendung der Besatzungstruppen auf die Ersätze des Reichsheeres. Der gemeine Entzentejoldat erhält sechsmal so viel, abgesehen von seiner Besoldung, allein an steuerfreien Zulagen das Doppelte der Diäten eines Reichstagsabgeordneten. Nunmehr gab es einige Verwirrung hinsichtlich der richtigen Beurteilung der aufeinanderfolgenden Abstimmungen. Irrtümlich nahm man verschiedentlich an, daß die Sozialdemokraten gegen den eben erwähnten Etat gestimmt hätten, während sich tatsächlich der nachgeholten namentlichen Abstimmung zur Zwangsanleihe ein Teil von ihnen gegen die neue Fassung des Zwangsanleihegesetzes erklärt hatte. Es handelte sich dabei um den § 27, zu dem die Sozialdemokraten die Aufrechterhaltung einer bestimmten Ertragssumme der Zwangsanleihe verlangten. — Der letzte Teil der Tagesordnung führte zur Annahme eines Antrages zur **Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues**, zu welchem Zwecke den Ländern die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Allgemeine Übereinstimmung herrschte ferner darüber, daß die Zulassung zum **Ankauf von Edelmetallen**, Juwelen usw. möglichst schnell von gesetzlichen Vorschriften abhängig gemacht werden muß, damit der notleidende Mittelstand durch unzählige Hehlernester, als welche sich die zahlosen Goldankaufsstellen vielfach erweisen, nicht mehr geschädigt wird. Die Regierung sagte denn auch eine derartige Vorlage schon für den Beginn der neuen Tagung im Januar zu. Nachdem man schließlich noch die im Ausschuß eingehend erörterte Denkschrift über die gleitende Gehalts- und Lohnskala angenommen hatte, konnte Präsident Loebe dem Hause endlich „fröhliche Weihnachten" wünschen. Die Anberaumung der **nächsten Sitzung** soll in der Zeit vom 10.—17. Januar erfolgen und dem Präsidenten überlassen bleiben.

*

Eine „deutschvölkische" Partei.

Berlin, 18. Dez. (Priv.-Telegr.). Gestern fand im Reichstag **eine Versammlung deutschvölkischer Verbände statt, wobei die Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei beschlossen wurde, die unter Führung der Abgeordneten v. Gräfe und Wulle steht. U. a. erklärten auch ihren Beitritt Graf Reventlow und ein Beauftragter des Obersten Erzlander.** (Was doch alles mit dem schönen Wort Freiheit gesühnt!)

Tarifpolitik bei Straßen- und Ueberlandbahnen.

Zu dem Eingesandt unter vorstehendem Titel geben uns die folgende Ausführungen der Merseburger Überlandbahnen-A.-G. zu:

Durch die gegenwärtigen politischen Umwälzungen in der Gesamtwirtschaft Deutschlands sind, worauf schon wiederholt hingewiesen worden ist, ganz besonders die Bahnbetriebe in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Reichsbahn hat lange Zeit hindurch die Personentarife ganz unverhältnismäßig niedrig gehalten, so daß die wirklichen Unkosten um ein Vielfaches über die Fahrpreissätze hinausgingen. Erst in letzter Zeit ist durch gewaltige Sprünge von 100 zu 100 Prozent Aufschlag versucht worden, etwa einen Ausgleich herbeizuführen. Das ist aber bisher noch in keiner Weise gelungen, weil in gleicher Zeit die Lohn- und Materialaufwendungen wieder um ein Beträchtliches vorgeeilt sind. Diese Tarifgestaltung bei der Reichsbahn hat auf die Wirtschaftlichkeit der Überland- und Kleinbahnen außerordentlich schädlich gewirkt insofern, als im Personenverkehr entweder die Fahrpreise ebenfalls um das Vielfache zu niedrig gehalten werden mußten, oder aber bei angemessener Erhöhung eine starke Abwanderung des Ortsverkehrs nach der Eisenbahn eintrat. Unter dieser Zwiespältigkeit haben auch die Merseburger Überlandbahnen besonders zu leiden gehabt. Trotz der rechtzeitigen und oftmaligen Erhöhungen ihrer Tarifsätze, die an sich wesentlich höhere Einnahmen erbrachten, konnten infolge der mit noch schwellender unpaßbarer Betriebsunkosten schon seit August nicht einmal mehr die reinen Betriebskosten gedeckt werden. Dieses Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und Ausgaben erklärt sich daraus, daß die Fahrpreise der Überlandbahnen tatsächlich noch in keiner Weise der eingetretenen und fortschreitenden Teuerung entsprechen. Dies möge aus folgendem Beispiel erhellen:

Die Fahrt von Halle nach Merseburg kostete im Frieden 40 Pfg. Dieser Satz stellte sich etwa in hoch wie der Lohn für eine Arbeitsstunde. Der Stundenlohn beträgt aber z. Zt. 200 bis 300 M. Es müßte sonach die Fahrt von Halle nach Merseburg heute mindestens 200 M. kosten. In Wirklichkeit aber beträgt der Fahrpreis jetzt nur 40 M. für die Strecke Halle—Merseburg, 45 M. für die Strecke Merseburg—Mücheln und 38 M. für die Strecke Merseburg—Dürrenberg und nimmt für Zahlteilstrecken. Das heißt, die Fahrpreise machen nur den fünften Teil der Lohnsätzen aus. Die Bahn hat aber außer Lohnkosten Strom- und Materialaufwendungen, die bekanntlich eine noch größere Erhöhung als die Löhne erfahren haben. Daß bei einer solchen Preisstellung die wirtschaftliche Durchführung des Betriebes unmöglich wird, wen nicht ganz andere Verhältnisse eintreten und die Anpassung der Fahrpreise entsprechend vorgenommen werden kann, liegt wohl klar auf der Hand. Noch verständlicher wird es sein, daß bei den Bahnverwaltungen immer mehr die Erkenntnis durchdringt, daß die Gewährung von Rabatten, wie es auf Zeitkarten geschieht, erst recht unerträglich ist und daß ernstlich darangegangen werden muß, hierin Einschränkungen vorzunehmen. Jedenfalls würde es eine ganz falsche Tarifpolitik sein, nunmehr auf Bahnen, bei welchen derartige unzeitgemäße Billigfahrten nicht bestehen, solche einzuführen. Einen solchen Vorteil für Einzelne muß die Erhaltung des volkswirtschaftlich wichtigen und unersetzlichen Bahnunternehmens vorangestellt werden. Wenn trotzdem auf der Bahn von Merseburg nach Dürrenberg neuerdings Zahlkarten mit 10 Prozent Rabatt eingeführt worden sind, so ist dies auf Antrag und im Einverständnis interessierter Kreise geschehen, lediglich deshalb, um den Fahrgästen, welche regelmäßig die Bahn benutzen, die jedesmalige Bezahlung des Fahrpreises und Lösung eines Fahrscheines zu ersparen. Daraus nunmehr Anforderungen auf noch weitere Ermäßigungen herzuleiten, geht, wie in dem Vorstehenden bereglegt ist und jeder Einsichtige erkennen muß, nicht an. Leider muß damit gerechnet werden, daß die Fahrpreise, wie es ja auch für die Reichsbahn vorgesehen ist, noch ganz erheblich gesteigert, d. h. der wirklichen Geldentwertung mehr angepaßt werden müssen. So sind für den 20. Dezember und auch schon für den 1. Januar Tariferhöhungen bei den Überlandbahnen unvermeidlich.

Die Ladung Zeitungspapier

	kostete
im Jahr 1914	2 000 M.
im Oktober 1921	42 700 M.
im Dezember 1921	42 000 M.
im März 1922	82 500 M.
im April 1922	128 000 M.
im Juni 1922	165 000 M.
im Juli 1922	200 000 M.
im August 1922	275 000 M.
im September 1922	685 000 M.
Anfang Oktober 1922	830 000 M.
Ende Oktober 1922	1 000 000 M.
Anfang November 1922	1 620 000 M.
Mitte November 1922	2 350 000 M.
Anfang Dezember 1922	4 500 000 M.

Daß bei solch enormer Preissteigerung und wegen der infolge der allgemeinen Teuerung fortgesetzt steigenden Löhne und Gehälter auch die Bezugspreise der Tageszeitungen ständig steigen müssen, dürfte wohl jedermann einleuchtend sein.

F.-C. Nürnberg aus den Meisterkämpfen ausgeschaltet!

Der langjährige deutsche Meister 1. F.-C. Nürnberg wird im jetzigen Spieljahr nicht in den Kampf um die deutsche Meisterschaft antreten. Er verlor gestern das entscheidende Spiel um die nordbayerische Meisterschaft gegen S.-Vgg. Fürth mit 1:3. Der unglückliche Ausgang ist vor allem dem Fehlen Kalbs zuzuschreiben, der noch immer nicht wiederhergestellt ist. An allen drei Toren war Stuhlfauth nicht unschuldig. Er war trotz seiner sonstigen Leistungen in den entscheidenden Augenblicken nicht zur Stelle. Fürth dürfte somit als beste nordbayerische Mannschaft in den diesjährigen Meisterschaftskämpfen eine große Rolle spielen.

*

VfB. (Liga) gegen Favorit-Halle 4:0.

Endlich gelang es unserer Ligamannschaft die beim H.-C. Favorit noch ausstehenden Rechnungen zu begleichen und das mit einem einwandfreien 4:0-Siege auf des Gegners Platz. Als Ersatz für die verletzten Spieler Paetz und Drese spielte Barisch auf dem halblinken Posten und Kugler aus der Junioren-Mannschaft als rechter Verteidiger. In der ersten Spielhälfte spielte der Sturm der Hiesigen ohne jeden Zusammenhang, besonders vermochte sich der Innensturm recht wenig durchzusetzen und konnte deshalb gegen die gute Hintermannschaft von Favorit nichts erreichen. Lediglich ein Alleingang von Rost brachte für VfB. die Führung. Während die Platzbesitzer in der ersten Hälfte das Spiel noch offen halten konnten und mitunter auch brenzliche Situationen vor Schenke Tor brachten, hatten sie nach der Pause nicht mehr viel zu beleiten. Bis auf einzelne Durchbrüche spielte sich der Kampf in der Spielhälfte der Hallenser ab. Aus einer schönen Flanke von Rost erzielte Thon II durch Einkopfen das zweite Tor und ließ bald danach durch einen seiner von „früher" bekannten Bombenschüsse das 3. Tor folgen. Von jetzt an verlor das Spiel an Interesse, zumal von Favorit unmöglicherweise eine scharfe Rote in das Spiel gebracht wurde. Aus einer Serie Strafstöße erzielte Pimon durch scharfen Schuß das 4. Tor. Die Mannschaft des VfB. verdient ein Gesamtlob. Von Favorit konnte nur die Hintermannschaft und Blüher als Mittelläufer gefallen. Schiedsrichter Gebhardt konnte nicht befriedigen. Das Publikum erbrachte sehr deutlich den Beweis, daß man „auch in Halle" Lokalpatriotismus besitzt.

Sonstige Resultate des VfL.: 4. Mannschaft in Zeitz gegen Ballspielklub III 1:1. — 1. Juniorenmannschaft gegen Germania-Magdeburg 2:0. — 2. Juniorenmannschaft gegen Sp.-V. 99 2:0 (Verbandsspiel). — 1. Jugendmannschaft gegen Sportvereinigung Weißenfels 5:1.

Am ersten Weihnachtsfeiertag kommt auf dem VfL.-Platz in der Kreuzkirche das Verbandsspiel der Ligaelf gegen Naumburg 05 zum Austrag.

*

In den übrigen Liga-Kämpfen war besonders der Kampf Borussia—Naumburg 05 von größerem Interesse. Der Platzbesitzer mußte sich der großen Entschlossenheit der Naumburger beugen, die mit 2:1 die Oberhand behielten. Borussia hat Protest erhoben. Wacker schlug Preußen-Komet mit 5:0, der Kreismeister 98 siegte über Sportfreunde mit 6:2, Halle 96 über Weißenfels mit 5:1.

*

In der ersten Klasse blieb das Spiel Preußen—Halle 1910 unentschieden mit 2:2. Unsere Schwarzweißen hielten sich gut, nur war der Boden sehr schlecht. — Germania unterlag nach hartem Kampfe (Halbzeit 1:1) mit 1:4 den Sportbrüdern. — Sportvereinigung Halle—Reideburg 2:2.

*

Sportverein von 1899.

Der gestrige Sonntag war nach Erledigung der Verbandsspiele vornehmlich der Ruhe gewidmet. Es fanden nur einige Freundspiele statt. Die 1. Junioren lehrten aus Weißenfels vom Sportklub mit einem 3:2-Sieg heim, dagegen unterlagen die 2. Junioren der gleichen Elf des hiesigen VfL. mit 0:2. Das energischere Stürmerspiel des Platzbesitzers gab den Ausschlag. — Von den Stockallmannschaften war nur die erste in Leipzig tätig, die zweite und Damenelf mußte wegen mangelnder Beteiligung absagen. Die erste unvollständig und ersatzgeschwächt, verlor gegen Marathon 1:9.

Die erste Fußballmannschaft von 99 tritt am 2. Feiertag gegen Corso-Leipzig auf dem 99er Platz im Gesellschaftsspiel an.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 16. Dezember.

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Hallescher Bankfirmen.

Hall. Bankver.	1150,—	Wilmers' Brauerei	3200,—	Gottfried-Dinkler	3700,—
Verf. Zucker Frev.	400,—	Halle Zimmerm., St.	26 0,—	Wegelin u. Hübner	4800,—
Hall. Brauerei Schäfer	69 0,—	Hall. Maschinenfabr.	10000,—	Reiß u. Martham	—,—
Nickel Kleinhan	12000,—	Hall. Wollenwerk	2700,—	Zuckerraffin. Halle	4300,—
Wernecke-Weißenfels	31000,—	Mannheimer Zucker	16000,—	Halle-Hettstedt Bk. A	4300,—
Kunstwerk. Bayer	9000,—	Halle Kammgarn	—,—	do. do. Bk. B	27 0,—
Mitteldeutsch. Steinzeug	2600,—	Kühnelsdorfer Zucker	—,—	Deutschen-Riebeckbrau	—,—
Kleinbahnen Kothen	1100,—	Kyffhäuser-Hütte	2500,—		

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse.

Weizen, inländischer 1380—14300 bz. u. Br., flau; Roggen, inländischer 12500—13000 bz. u. Br., flau; Gerste, Sommergerste inländische 12000—13000 bz. u. Br.; Wintergerste, inländische 11000—12000 bz. u. Br., flau; Hafer, inländischer 13000—14000 bz. u. Br., ruhig; Mais, amerikanischer 13000—14000 bz. u. Br., runder 13000—14000 bz. u. Br. Raps 21000—23000 bz. u. Br. Die Preise verstehen sich für 50 Kilo, für Ware, prompt und schwimmend. Partie frachtfrei Leipzig.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 14700—14400, flau; Roggen, märkischer 13800 bis 12900 bis 13400, schlesischer 13150—12850, flau; Gerste (Sommergerste) 11600—12800, matter; Hafer, märkischer 12600—12700 matter; Mais (ohne Provenienzangabe) loko Berlin 13400—13300, frei Hamburg 12700—12500, flau; Weizenmehl 40000—44500, schwächer; Roggenmehl 36—39000, matt; Weizenkleie 7500—7800, schwächer; Roggenkleie 7500—8000, schwächer; Raps 24—25000; Schwarzsaat 26 Viktoriaerbsen 28 bis 29000; Kleine Speiseerbsen 23—25000; Wicken 24—26000; blaue Lupinen 15—16000; gelbe Lupinen 19—21000; Serradella 30—37000; Rapskuchen 9000—9800; Tormelasse 3800—4000 M.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Produktenbörse wurden heute folgende Preise notiert: Weizen-, Roggen- und Hafterstroh, drahtgepreßt 6200—6500; gebündeltes Roggenlangstroh 5500—6000; Heu, gutes 5500—5800; do. handelsüblich 5200—5400 M.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Berliner Viehmarkt.

Amtlicher Bericht. Auftrieb 2763 Rinder, 1168 Kälber, 6148 Schafe, 4285 Schweine, 62 Ziegen, 332 Schweine aus dem Memelgebiet. Preise für ein Zentner Lebendgewicht in Mark: Ochsen a) 38 000 bis 35 000, b) 29 000—32 000, c) 26 000—28 000, d) 23 000—25 000. Bullen a) 30 000—33 000, b) 27 000—29 000, c) 24 000—26 000. Kühe a) und b) 30 000—35 000, c) 26 000—28 000, d) 21 000—24 000, e) 17 000—19 000. Jungvieh 24 000—26 000. Kälber b) 53 000—55 000, c) 48 000—50 000, d) 42 000—45 000, e) 36 000—40 0000. Schafe a) 33 000—37 0000, b) 22 000—29 000, c) 16 000—19 000. Schweine a) 62 000—63 000 b) 61 000—62 000, c) 59 000—61 000, d) 57 000—59 000, e) 53 000 bis 55 000, f) 48 000, g) 55 000—58 000. Marktverlauf: Bei Rindern und Kälbern glatt, ausgesuchte Kälber über Notiz. Bei Schafen ruhig. Bei Schweinen flott.

Berliner Fettmarkt.

Butter: Das Geschäft ist weiterhin ruhig bei unveränderten Preisen. Die heutige amtliche Notierung ist pro Pfund Ia Qualität 1250 M, IIa Qualität 1000 M.

Margarine: Die Fabriken ermäßigten die Preise auf 1000 M bis 1185 M, je nach Qualität.

Schmalz: Beeinflußt durch den Rückgang der Devisenkurse gaben die Schmalzpreise weiter nach. Auch an der Chicagoer Börse hat die matte Tendenz angehalten. Die Packerforderungen wurden dementsprechend ermäßigt. Infolge der billigen Preise hat die Konsumnachfrage zugenommen. Preise nominell.

Speck: Mäßige Nachfrage. Preise nominell.

Dollar: 5050

wurde an der Neuyorker Börse am Sonnabend notiert, während der amtliche Kurs an der Berliner Börse um über 1000 M zurückblieb. Die Amerikaner haben mehr Zutrauen zu einer Besserung der deutschen Währung wie das inländische Kapital. Wenn auch noch mit größeren Schwankungen der Devisenkurse zu rechnen ist, und vor übertriebenem Optimismus gewarnt werden muß, so ist andererseits doch zu erwarten, daß der Dollar den Höchststand im August von 9150 M nicht wieder erreichen wird.

Es scheint, als ob die jetzige Regierung von einem glücklicheren Stern begleitet ist, wie die früheren Kabinette, auch wenn ihre Vorschläge in London noch nicht durchdringen konnten. Der Präsident Amerikas dürfte die Regelung der Reparationsfrage aber doch greifen Amerikas dürfte die Regelung der Reparationsfrage aber doch zum Abschluß kommen. Freilich, die schlimme Zeit im Innern ist damit nicht überwunden. Wenn auch der furchtbaren Vermehrung des Papiergeldes Einhalt geboten wird, wenn auch die Preise nicht mehr klettern, sondern ein wenig nachlassen, so tritt andererseits die Arbeitslosigkeit in ein bedeutend schrferes Stadium. In dieser Woche nahm sie weiter zu, wenn auch nur in geringem Maße. Stabilisiert sich die Mark, dann ist es mit dem Unterbieten der Preise auf dem Weltmarkte aus und viele Industrien geraten in Absatzstockungen.

Musikinstrumente
sind Vertrauensobjekte
Meine Erzeugnisse stellen Höchstleistungen dar
Leipzig, Querstr. 26-28
Jul. Heinr. Zimmermann

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221218-15/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 880 M. frei Haus, zzgl. b. Vorzeig. der Quittung; Abweichung nur statthaft bei Aufgabe d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. mon. 870, wöchentl. 95 M. — Postbezug monatl. u. vierteljährl. — Einzelnummer bei 4 Seiten 15 M., 6 Seiten 18 M. u. 8 Seiten 20 M. Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Unruhe usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 12,00 M., im Reklameteil 54,00 M., für Stellenanzeigen und Nachweisungen 10 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags. Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend. Postscheckkonto: Leipzig 39070. Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466. Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlichen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 296. Montag den 18. Dezember 1922 49. Jahrg.

Der amerikanische Anleiheplan bestätigt.

Keine Weltkonferenz. — Hoffnung — aber kein übertriebener Optimismus!

Das Schwanken des Dollars zeigt, daß die Nachrichten von dem **etwaigen Eingreifen Amerikas** allgemein gestern großen Eindruck machen. Nach einer heutigen Wolffmeldung ist er am Sonntag mit 8300 gehandelt worden. Und zwar an der Neuyorker Börse, was besonders wichtig, festzustellen. **Der anslebende Optimismus** wird also drüben geteilt. Selbstverständlich ist er noch sehr bescheiden. Denn noch ist ja nur ganz Allgemeines bekannt. In dem Nebel von Nachrichten bleibt uns nur das greifbar, daß was geschehen **soll**. In welcher Frist aber die geplante und erhoffte anderthalb Millionen-Anleihe (man bedenke, daß diese Summe bei einem Dollarstand von 5000 ℳ pro Dollar 7 500 000 000 000 Papiermark ausmacht) aufgelegt wird, ja ob es überhaupt dazu kommen kann und wenn, unter welchen Bedingungen, das liegt noch im Schoße des kommenden Jahres. **Vor allem aber wird eben die Garantiefrage uns selbst noch auf die schwerste innerpolitische Probe** stellen.

Aus den Neuyorker Meldungen, die heute eingingen, ist besonders hervorzuheben eine vom „Neuyork Herald" herbreitete aus Paris, wonach

das Staatsdepartement gestern die Absicht einer internationalen Bankierkonferenz entschieden in Abrede gestellt hat.

Es soll also nicht zur Weltkonferenz kommen? Verspricht man sich wenig davon und fühlt man sich in Washington unter Morgans Beistand dollarkräftig genug, um allein zu handeln? Es ist das nicht ausgeschlossen. Und was die Großbankiers von der Reparationsfrage halten, ist ja schon auf der Pariser Konferenz, die Poincaré sprengte, deutlich formuliert worden.

Aus derselben Quelle, wie das oben bezeichnete Dementi, stammt auch die folgende

Formulierung des amerikanischen Standpunktes.

1. Unter gewissen Bedingungen würde Amerika aktiv an der Lösung der europäischen Fragen teilnehmen.

2. Unter der Voraussetzung einer Zustimmung Frankreichs sei Amerika bereit, die Bedingungen für die Lösung der Reparationsfrage bekanntzugeben.

3. Amerika ist der Anschauung, daß Deutschland in gewissen Grenzen bezahlen solle.

4. Amerika ist der Anschauung, daß alle Besatzungsmaßnahmen sowie wirtschaftliche Erdrosselungsmaßnahmen gegenüber Deutschland die Wohlfahrt der Welt hindern.

5. Amerika ist bereit, einen großen Kredit für Deutschlands Gebrauch zu bewilligen.

6. Die Sicherheit für diesen Kredit soll durch einen Verzicht der Alliierten auf die erste Hypothek, die sie aus dem Versailler Vertrag herleiten, gegeben werden.

Umschreiben diese sechs Punkte tatsächlich die Stellung des mit den Bankiers einigen Staatsdepartements, dann ist das Dementi des Stattfindens einer Weltkonferenz nicht tragisch zu nehmen. Wichtig ist u. a. auch Punkt 4: Alle Besatzungsmaßnahmen hindern die Gesundung. Auch die bestehenden. Es ist das ein deutliches Wort gegen die militärische Überheblichkeit und Verschwendung Frankreichs. Gerade hier aber werden sich die schlimmsten Schwierigkeiten auftun.

Die Reichsregierung hat sich natürlich noch nicht offiziell mit diesen Fragen befassen können, da ja bisher **nur Pressenachrichten** vorliegen. Man hält es jedoch in Berliner unterrichteten Kreisen für möglich, daß in absehbarer Zeit eine entsprechende Benachrichtigung Deutschlands durch Amerika erfolgen wird.

Alles in allem läßt sich hier heute erkennen, daß

der Anleiheplan bestätigt, der Weltkonferenzplan dementiert wird.

*

Angesichts der vielen widersprechenden Meldungen, welche die großen Blätter aus den Zentren des politischen Geschehens mitteilen, wird folgender

Überblick der politischen Lage

willkommen sein.

In **London** waren bekanntlich die drei amerikanischen Botschafter von Berlin, London und Brüssel zusammengetroffen; zwischen ihnen und dem in Berlin und London vor der Londoner Konferenz privat sondierenden Mac Cormik wurden ohne Zweifel die Grundzüge einer allgemeinen europäischen Regelung beraten, einer Regelung, die von den interalliierten Schulden bis zur Reparationsfrage führt. Die Übereinstimmung der amerikanischen Diplomaten der europäischen Hauptstädte soll ganz vollständig sein, und die Besprechungen zwischen Morgan und dem Staatssekretär Hughes, die vor wenigen Tagen begannen, führten nun zu dem Plan einer amerikanischen Anleihe für Deutschland und einer Weltfinanzkonferenz in Washington. Der amerikanische Botschafter in London, Harvey, der plötzlich nach Washington berufen worden war, scheint an dieser Konferenz geraten zu haben, und man will offenbar durch die Beratung im größten Maßstabe und außerhalb Europas abscheulich kennzeichnen, daß die finanzielle Regelung nicht in Europa und vor allem nicht von Frankreich aus gemacht werden kann.

Inzwischen hat sich **Poincaré** von der französischen Kammer eine **Atempause von mehreren Wochen** erbeten, und unter Vermeidung jedes Vertrauensvotums nahm die Kammer die einfache Tagesordnung an, bewilligte also die Frist, ohne ein Urteil über Poincarés Politik abzugeben. Der Beifall nach Poincarés Rede klang sehr schwach, und die Debatte brachte scharfe Stimmen von Gegnern aus allen Lagern. Die Rede Poincarés war, verglichen mit seinen sonstigen Kundgebungen, geradezu schwächlich und lavierend; er wollte nichts sagen, um keine Karten aufzudecken, und in mehr als einer Hinsicht konnte er wohl auch nichts sagen. Denn für ihn gilt es, eine ganz neue politische Einstellung bis herunter in den Tonfall von Kundgebungen und Noten zu finden, und offenbar will ihm die Kammer Zeit lassen, sich der neuen Lage anzupassen oder zu beweisen, ob er in dieser Lage die Geschäfte Frankreichs überhaupt fortführen kann. Daß nach dem Ausgang der Londoner Konferenz und nach der für Frankreich finanziell hoffnungsvollen, politisch aber geradezu atembeklemmenden neuen Attitüde Amerikas die Versöhnlichkeit Poincarés anzutreffen kaum jemand in Frankreich Lust haben wird, ist begreiflich; ebenso, daß gerade die Gegner Poincarés die Absicht haben, ihn zu zwingen, die **Liquidation seiner eigenen Politik** unter eigener Verantwortung durchzuführen.

Denn um eine Liquidation handelt es sich. Die verschiedenen Andeutungen über Pfänder und unmilitärische Kontrollorgane im Rheinland nehmen wir ernst genug, um eine weitere Vermehrung der auf Kosten des deutschen Reiches schmarotzenden interalliierten Behörden zu befürchten; aber diese Pfänder- und Kontrollandeutungen reichen bei weitem nicht aus, um die französische öffentliche Meinung über eine Enttäuschung hinwegzutrösten, die heißam nur dann behoben werden wird, wenn Poincaré oder sein Nachfolger finanzielle Zugeständnisse Amerikas als Ersatz für den politischen Prestigeverlust nach Hause bringen. Noch ist die Washingtoner Finanzkonferenz nicht beendet; noch ist es möglich, daß, wie auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz im vorigen Spätherbst, so auch jetzt, ein neuer Briand Frankreichs Widerstand verkörpert; aber der Verzicht auf die Ruhrbesetzung **und die Verlegung der Reparationsentscheidung nach Amerika können als weltpolitisches Symptom dafür gelten, daß die Episode Poincarés** der Widerstand der führenden Landmacht Europas gegen die angelsächsische Weltordnung und Weltkriegsliquidation, im wesentlichen **beendet ist.**

Die Ursache ist in erster Linie in Frankreichs finanzieller Lage zu suchen, und **für den Frieden Europas ist es geradezu ein Glück, daß Frankreich finanziell abhängig ist.** Das Gleiten der französischen Währung, vergeblich durch nationale Appelle Poincarés angerufen, mahnte die Pariser Politiker an eine Tatsache, die unsere heutige Zeit so

Dollar 11 Uhr vorm.: 5600—5700.

Ermordung des polnischen Staatspräsidenten Narutowicz.

Warschau, 18. Dez. (WTB.) Der neue Staatspräsident Narudowicz wurde beim Besuch einer Kunstausstellung durch einen Kunstmaler Niewiadomski erwordet. Dieser ist festgenommen.

Vor seiner Ermordung hatte Narudowicz angesichts der Unmöglichkeit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts den bisherigen Arbeitsminister Darowski mit der Bildung eines Fachkabinetts beauftragt. Als voraussichtlicher Minister des Äußern wird Olzowski genannt.

*

Auch der polnische Nationalismus extremer Ausbildung nimmt jetzt seine Zuflucht zum politischen Mord: der bekanntlich als Gesinnungsgenosse Pilsudskis gegen den heftigsten und bis zu Straßenkämpfen gesteigerten Widerstand der Rechten zum Staatspräsidenten gewählte frühere Außenminister Narutowicz ist beim Besuch einer Kunstausstellung ermordet worden. Die Wahl Narutowicz' zum Staatspräsidenten war mit den Stimmen der Linken und denen des Blocks der nationalen Minderheiten erfolgt, was Narutowicz der chauvinistischen und antisemitischen Rechtsopposition ausleferte. Die Verhältnisse in Polen werden durch die Mordtat nicht klarer: denn die Rechte könnte für sich allein nur dann zur Regierung kommen, wenn sie einen Staatsstreich verübte. Da die von Witos geführte Bauernpartei, das Zünglein an der Wage, zwar bei den Wahlen der Nammer- und Senatswahlen mit der Rechten, bei der Präsidentenwahl aber, was politisch entscheidend ist, mit der Linken gegangen war. Es ist durchaus möglich, daß das polnische Staatswesen, von Pilsudski mühsam im inneren Gleichgewicht erhalten, nunmehr nach seinem Rückritt wider die Traditionen der polnischen Zerrüttung von 1600 und 1700 auseinandergeht, einer Zerrüttung, die schon einmal zur Teilung des polnischen Reiches führte. Da Pilsudski der einzige Politiker wäre, um einige Ordnung herzustellen, die Opposition der Rechten aber sich indirekt gerade gegen ihn und seine Richtung wendet, so ist jeder Pessimismus angebracht.

*

In Polen nach dem Mord.

Warschau, 18. Dez. (WTB.) Feldmarschall Pilsudski wurde zum Generalstabschef ernannt. Der Mörder des Staatspräsidenten ein Narr, er habe aus eigener Initiative gehandelt und keine Helfershelfer gehabt. Heute wird die Untersuchung abgeschlossen. Der Mörder kommt dann unverzüglich vor ein Standgericht.

Berlin, 17. Dez. Der Reichsminister des Äußern v. Rosenberg hat dem hiesigen polnischen Gesandten sein Beileid anläßlich der Ermordung Narudowicz' ausgesprochen. Der deutsche Gesandte in Warschau wurde beauftragt, der polnischen Regierung das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen.

Mordbuben!

In Polen fiel der Staatspräsident, in Bulgarien wurde ein Anschlag auf einen Minister verübt, bei uns brachte das Jahr über schwere Attentate: Der Mord als politisches Kampfmittel wird von den Chauvinisten aller Länder immer skrupelloser gebraucht.

Und in Berlin fanden sich Geschworene, die angesichts jesch furchtbarer Verwilderung im Harden-Attentatsprozeß ein unbegreiflich mildes Urteil fällten, ja den gedungenen Buben, die mit unsagbarer Roheit handelten, **mildernde** Umstände zubilligten. Jeder Beobachter unseres politischen Lebens weiß, daß durch solche offenbare Ungerechtigkeiten die verhängnisvollen Gegensätze im Volke unheilvoll verschärft werden.

Der Prozeß zeigte wieder die Kreise der „nationalen Taten", der „braven deutschen Männer" usw. in ihrer ganzen Verwahrlosung. Auch hier wieder wirkts als eine „traurige Nachlese". Der Hauptschuldige, der Rohling Ankermann, ist flüchtig. Die **Geldgeber**, **Münchener** Kreise, bleiben auch diesmal ebenso unsichtbar, wie es deutlich **erwiesen** ist, daß „politische" Kreise das Verbrechen finanziert haben.

Die armseligen Gestalten, die vor dem Richtertische standen, („brave deutsche Männer", deren Ideal der ausgiebige Besuch von Likörstuben und das Prellen einer Barbame gewesen ist) bieten keinerlei psychologische Probleme. Sie haben **für Geld** gearbeitet. Alle Verbindungen zwischen Grenz und den für den Mord gedungen Verbrechern brechen sich am elendes Geld. Bezeichnend ist das Telegramm, das den Mordversuch dem Sekretär des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes meldete: „**Geschäft abgeschlossen.**" So zeigte der Prozeß das wenige, aber charakteristische, daß die „nationale Tat" für die Firma Ankermann und Genossen ein Geschäft gewesen ist. Für die Gebrüder allerdings etwas anderes!

Es ist eine staatspolitische Notwendigkeit, daß durch ein neues Verfahren versucht wird, mehr Aufklärung zu schaffen. Der Oberstaatsanwalt hat es angekündigt.

Die Friedenskonferenz.

Die Türken begnügen sich nicht allein mit der „Säuberung" ihres Gebietes von christlicher Bevölkerung, sie wollen auch deren beste moralische Stütze in Konstantinopel: das Patriarchat vernichten. Welch gewaltige Tradition wird damit ausgelöscht. Eine Sonntagsmeldung aus Lausanne besagt darüber:

Die Türken in Lausanne bestehen unbedingt darauf, daß das ökumenische Patriarchat in Konstantinopel ausgewiesen werde. Sie erklären, daß dieses bisher mehr ein politischer als religiöser Organismus war; da nunmehr die Situation vollkommen geändert sei, können dem Patriarchat die politischen Vorrechte nicht mehr zugestanden werden.

*

In der Hauptstreitfrage, das Gebiet von Mossul betreffend, ist nunmehr der türkischen Delegation eine englische Denkschrift überreicht worden. Die Denkschrift führt zahlreiche **technische Gründe für ein Verbleiben Mossuls bei England an,** vor allem strategischer Art.

Zwischen Ismed Pascha und Lord Curzon fand gestern eine längere Besprechung über die Mossul-Frage statt. Es heißt, daß unter den verschiedenen Lösungen auch der Plan einer **Volksabstimmung** erwogen wird.

Die Alliierten überreichten gestern den Türken den ersten Entwurf betreffend den **Minderheitsschutz.** Die Konferenz wird ihre Arbeiten voraussichtlich nur für die Weihnachtstage **unterbrechen und sofort nach** den Festtagen wieder zusammentreten.

Die deutschen Reparationsvorsc

Berlin, 18. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Nachdem Staatssekretär Bergmann am Sonnabend seine Berichterstattung beendet hat und nachdem das Reichskabinett am Sonnabend nachmittag sich noch einmal mit dem Reparationsproblem eingehend beschäftigt hat, beginnen heute die Verhandlungen mit den Sachverständigen der Industrie und den Sachverständigen anderer Kreise. Schon daraus geht hervor, daß sich im Augenblick noch nichts über die Erweiterung des deutschen Reparationsplanes sagen läßt, da ja diese Verhandlungen, zu denen im übrigen auch hervorragende Industrielle aus dem Rheinland nach Berlin kommen, erst dazu dienen sollen, den neuen deutschen Plan festzulegen. Eine sehr wichtige Rolle wird dabei vor allem der Frage der Garantieen spielen. Man darf nämlich nicht vergessen, daß es der Entente vor allem darauf ankommt, bestimmte Garantieen zu erhalten. Es ist nicht anzunehmen, daß in den nächsten Tagen schon positive Angaben über den deutschen Plan gemacht werden können, da zunächst die Verhandlungen noch im vorbereitenden Stadium sind und zudem die Regierung auch den Plan bis zur Pariser Konferenz geheimhalten will.

Die Banken als Träger der amerikanischen Anleihe.

Paris, 18. Dez. (WTB.) Die „Petit Parisien" veröffentlicht eine lange Meldung aus Washington, in der gesagt wird, es stünden gegenwärtig die folgenden Möglichkeiten zur Erörterung: 1. Einberufung einer Wirtschaftskonferenz, 2. Anleihe zwecks Markstabilisierung und 3. Schiedsspruch für die endgültige Festsetzung der Reparationsverpflichtungen durch einen nichtgouvernementalen Ausschuß. Als mögliche Mitglieder dieses Ausschusses werden die beiden Amerikaner Elihu Root und Pierpont Morgan genannt. Was die Deutschland zu gewährende Anleihe betrifft, so erklärt man, daß eine Initiative seitens der Regierung nicht diskutiert werden könne. Eine Anleihe könne nur durch ein amerikanisches Bankenkonsortium aufgelegt werden, das die Zustimmung der Regierung erhalte, aber die bereits bekannten Garantien verlange.

Warschau, 18. Dez. Das Kriegsrecht hat die Verhängung des Ausnahmezustandes in der Stadt Warschau von heute ab beschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319221218-15/fragment/page=0007